

DENK' MAL!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 27

Vereinszeitschrift

August 2021

Massoud Harun-Mahdavi
München

Washingtons Rattenfänger aus New York hat ausgedient! „NEUE Weltordnung“ oder zurück zur alten Ordnung?

Die USA hat am 3. November 2020 den Nachfolger des allseits spaltenden Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Namen Donald Trump gewählt und damit eine Renaissance der Westpolitik in die Wege geleitet. Wie zuvor zu erwarten war ist der Wahlausgang anfänglich sehr knapp gewesen. Der noch amtierende Präsident D. Trump hat vom Tag der Wahlen an die unerhörte Behauptung aufgestellt, daß er und seine Wähler die Wahlen mit überwältigender Mehrheit gewonnen hätten, aber diese Wahl von den Feinden gestohlen worden wäre. Spätestens nach den diversen Rechtsersuchen der Trump-Anwälte stand bereits vor dem Jahreswechsel fest, daß Joe Biden mit 306 zu 232 gegen Trump gewonnen hatte und somit der nächste Präsident der USA Joe Biden heißen würde.

Chart veröffentlicht in der Tagesschau:



In den Medien gibt es verschiedene Analysen zu den Wahlen in USA. Wir haben als Beispiel die CNN-Wahlanalyse aufgeführt um

Fortsetzung auf Seite 2

Wilhelm Dietl
Cham

Verbietet die sozialen Netzwerke!

Letzte Warnung: Wer ohne Facebook, Twitter, Telegram, Parler, Snapchat, Tiktok, ja auch Clubhouse, und wie sie alle heißen, nicht mehr leben kann, der sollte spätestens hier zu lesen aufhören. Danach wird er sich nämlich furchtbar ärgern und, wenn er sich gewählt auszudrücken vermag, im freundlichsten Fall etwas von Lügen murmeln. Dabei ist das gerade das Alleinstellungsmerkmal der oben genannten Einrichtungen. Sie leben von der Lüge, vom Hass, von Hetze, von Fälschung und Spaltung. Erst wenn das jeder erkennt, dann befinden wir uns wieder in einer besseren Welt. Die jetzige ist bereits arg heruntergekommen und verrotten. Wo fängt dieses leidige Thema an, wo hört es auf? Eigentlich hört es nicht auf. Die

Fortsetzung auf Seite 23

Inhalt:	Seite
„Washingtons Rattenfänger“, M. Harun-Mahdavi	1
„Verbietet die sozialen Netzwerke!“, W. Dietl	1
„Folgen des Krieges im Kaukasus 2020“, P. Orzechowski	7
„Redaktion des DENK'MAL!“, Die Redaktion	12
„Bericht aus Bustan Club“, Der Vorstand	12
„Die Wahl von Raissi und seine Folgen“, M. Harun-Mahdavi	13
„Wir gratulieren zum 80.“, Der Vorstand	14
„Entwicklung des Bustan Club“, Der Vorstand	15
„Sponsoring und Sponsorenvorstellung“, Der Vorstand	16
„Fantasie statt Fakten“, s. Harun-Mahdavi	18
„Mind Control“, Uwe G. Kranz	25
„Wie sich der Mensch das Wasser abgräbt“, P. Orzechowski	29
Über den Herausgeber u. Impressum	32

„Die Politik ist das Paradies zungenfertiger Schwätzer.“

George Bernard Shaw

„Washingtons Rattenfänger aus“
Fortsetzung von Seite 1

die Wahlen teilweise erklären zu können.

CNN-Analyse des Wahlverhaltens unterschiedlicher Gruppen

Gruppe	Biden	Trump	Kommentar
Junge Wähler 18-24	67%	29%	
Wähler 25-49	53%	46%	
50 und älter	48%	51%	Größte Wählergruppe mit mehr als 50% der Wählerstimmen in USA
Kurzentschlossene	41%	51%	
Frauen	56%	43%	Biden hat 3% mehr Frauenstimmen erhalten wie Hillary Clinton
Männer	48%	49%	
Latinos	66%	32%	Zweitgrößte Minderheitengruppe mit 32 Mio Wähler
Schwarze	87%	12%	57% der Trumpwähler sind Weiße
Einkommen mehr als 100.000 \$ / Jahr	43%	54%	
Einkommen weniger als 100.000 \$ / Jahr	57%	42%	
Stadt	60%	37%	82,3% der US Bürger leben in den Städten und Vorstädten!
Land	45%	54%	

(entnommen aus der Zeitschrift Handelsblatt vom 4.11.2020)

Trotzdem haben Trump und seine Unterstützer, darunter sein ganzer Familienclan, eine Horde aus Republikanischen Abgeordneten und ihm emotional ergebenen Wähler bis zur Zertifizierung des Wahlausganges am 6. Januar mit allen ihnen in der Demokratie zustehenden und durchaus auch als undemokratisch zu bezeichnenden Mitteln, insbesondere der sog. „Sozialen Medien“ versucht diese Behauptung des „geraubten Wahlsieges“ aufrechtzuerhalten. Der Höhepunkt dieses bewußt schmutzig geführten Theaters von Trump & Co. fand in seiner Rede am 6. Januar 2021 mit seinem förmlichen Aufruf zur Störung der Zertifizierung und der Erstürmung des Kapitols als Sinnbild der Demokratie in der neuzeitlichen Welt statt.

Die Bilder der Erstürmung und 6 Tote in Zusammenhang mit der Verteidigung des Kapitols haben weltweit zu breiter Entrüstung geführt. Selbst hochrangige Republikaner, Senatoren und

Fortsetzung auf Seite 3

„Politik machen heißt: den Leuten so viel Angst einjagen, dass ihnen jede Lösung recht ist.“

Unbekannt

„Washingtons Rattenfänger“
Fortsetzung von Seite 2

Kongressabgeordnete, selbst Vizepräsident Pence, haben in Reaktion auf Trumps Aufruf sich von ihm abgewandt. In der Zwischenzeit haben die Demokraten unter der Leitung der von mir hoch geschätzten Sprecherin des US-Kongresses Nancy Pelosi konsequenterweise das zweite Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsidenten Donald Trump angestrebt, leider erfolglos. Es ging vordergründig um den Ausschluss Trumps von weiteren öffentlichen Ämtern, vor allem aber von der Möglichkeit in 4 Jahren erneut für das Amt des Präsidenten kandidieren zu können. Also, ein klares Zeichen gegen den TRUMPISMUS. Als Ergebnis bleibt festzustellen, daß Trump zwar politisch eine Schlagseite bekommen hat, aber noch nicht komplett aufgegeben hat. Nach wie vor ist er als Spendeneinsammler unterwegs, zwar chancenlos, immer noch landesweit aktiv um ganz allein für sich eine Position in der Partei sicher zu stellen und vor allem daraus für sich und seine Familie wirtschaftliche Einnahmen zu generieren. Als Trump 2016 gewählt wurde, hatte ich ein Déjà-vu. Fast 40 Jahre zuvor hatte ich miterleben müssen, wie ein zum Heiligen stilisierter bärtiger Mann namens Khomeini aus seinem Exil mit einfacher Sprache und jeder Menge populistischer Versprechen (die er und seine Nachfolger im Übrigen nie eingehalten haben) an die Macht kam und ein für seine Zeit fortschrittliches System aus privater, sozialer und gesellschaftlicher Sicherheit über Nacht zerstörte und damit nicht nur ein Land, sondern eine ganze Region in Tumult versetzte. Das System TRUMP bediente sich derselben primitiven und wohl in jeder unzufriedenen Gesellschaft wirkungsvollen Mittel. Trump belog mit einfacher Sprache und Populismus die von der Obama-Regierung enttäuschten und verdrossenen US-Bürger.

Wer vor über 40 Jahren dem „Imam Khomeini“ nachlief fühlt sich spätestens heute um sein Leben betrogen. Die vergleichbar selben gutgläubigen Menschen sind 2016 in den USA dem MAGA-Ruf des Rattenfängers aus New York nachgelaufen. Sieht man das Wahlverhalten und diverse Analysen der Trump-Wahl, dann hat Trump durch

stetige Lügen und seiner angeblichen Anti-Establishment-Politik, die USA und die gesamte westliche Welt in nur vier Jahren derart in eine tiefe Spaltung gestürzt, daß es sicherlich einer längeren Zeit bedarf die Vereinigten Staaten von Amerika und den Westen wieder zu einen.

In der retrospektiven Betrachtung der Ära Trump kommt man nur zu einem einzigen Schluß. Trump war der Musterschüler von Putin und Netanyahu. Seine Politik der letzten 4 Jahre hat nicht die USA groß gemacht sondern in erster Linie Putin und Netanyahu und leider auch China.

Der Westen, der nach dem zweiten Weltkrieg als Werte-Gemeinschaft der Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden und damit das Bollwerk gegen die kommunistische Ideologie des Ostens - verkörpert durch die UDSSR - zusammengewachsen war, wurde durch Trump und seiner sogenannten MAGA-Politik innerhalb weniger Monate zerstört. Seine Politik des Populismus fand innerhalb der EU Nachahmer auf Regierungsebene in Polen und Ungarn. Seine Politik stärkte verfassungsfeindliche Parteien wie die AfD in Deutschland und die Rassemblement (Front) National von Marine Le Pen in Frankreich, usw.!

Ziel dessen war von Anfang an die Schwächung der NATO als Sinnbild der WESTLICHEN ALLIANZ, durch die Schwächung der Europäischen Union, allen voran Schwächung Deutschlands und Frankreichs als führende Nationen der EU.

Die Frage, die sich nun stellt ist: Wem diente diese Schwächung am meisten? Die Gewinner dieser MAGA-Politik waren ganz und gar Russland, Israel und in derselben Weise auch China. Die Spaltung Europas wurde durch Trumps Politik auf Geheiß Putins erst salonfähig. Die Regierungsmachthaber in Polen und Ungarn haben als erwiesene Nutznießer der EU-Solidarität die Zeichen der Zeit wahrgenommen und ganz nach Manier russischer Oligarchen durch weitreichende Einschränkungen demokratischer Strukturen ihre Position gefestigt und gleichzeitig die europäische Gemeinschaft geschwächt. Viele EU-Staaten wurden förmlich in die Hand Russlands getrieben. Als Ergebnis konnte Putin seine Rolle als Globalplayer und als politisch-militärische Großmacht ausbauen. Zu sehen ist dies in seiner Rolle in den Auseinander-

Fortsetzung auf Seite 4

„Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst.“

Konrad Adenauer

„Washingtons Rattenfänger“
Fortsetzung von Seite 3

setzungen zwischen
Türkei und Syrien, in
Armenien und

Aserbaidshan oder in seiner starken Position beim Thema North-Stream 2, seinen Umgang mit Oppositionellen in Russland und seine Verfassungsänderung, die ihn zum Herrscher auf Lebenszeit gemacht hat.

Die medial gefeierten Friedensbekundungen zwischen verschiedenen arabischen Regierungen und Israel sind aus meiner Sicht schon seit mehreren Jahrzehnten fällig. Nur in einer nachbarschaftlich friedlichen Welt können WIR ALLE in Frieden leben. Israels Rechtmäßigkeit und Souveränität ist Fakt und muß von allen Staaten anerkannt werden. Aber genauso muß Israel auch das gleiche Recht für alle anderen anerkennen, was aber Netanyahus Regierung faktisch nicht macht:

Zitat Frankfurter Allgemeine 19.11.2019

Zumindest für den UN-Sicherheitsrat ist die Sache klar: Der Bau israelischer Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten bleibt völkerrechtswidrig – und Israel ist aufgefordert, alle Siedlungsaktivitäten einzustellen.

Die nicht endenden verbalen Drohungen aus dem Iran und der Machtpräsentation der Hamas und der Hisbollah hat Netanyahu als Vorwand gedient um die Friedensgespräche still zu legen und gleichzeitig seine Siedlungspolitik so weit wie möglich voranzutreiben. Aus seiner Regierung ist stets bei der Diskussion nach einer Zwei-Staaten-Lösung die Gegenfrage zu vernehmen: „Welche?“ Denn Israel sei laut Verfassung ein jüdischer Staat.

Der Historiker und Publizist Michael Wolffsohn wird nicht müde in diversen Interviews beispielsweise im Deutschlandfunk in den Jahren 2018-2020 diese Lösung mit einer einseitigen Argumentation aus seiner wissenschaftlichen Sicht als eine Tot- geburt zu bezeichnen. In einem ZDF Live-Interview, das ich zufällig sehen durfte, sagte Wolffsohn sogar, es gäbe ja schon bereits mit Jordanien einen Palästinenser Staat, da die dortige Bevölkerung nun mehrheitlich Palästinenser wären. Dies ist ein Spiegel der Israelischen Politik, die Netanyahu im Schatten der fanatischen Islamisierung der ehemals moderaten islamischen

Länder wie Afghanistan, Iran, Irak, Libyen und Syrien innerhalb seiner Regierungszeit erfolgreich voranbringen konnte.

Trump war in diesem Sinne eine weitere Marionette vieler Interessen, der beispielsweise unter dem Einfluss Netanyahus die US-Politik in Richtung eines neuen Krieges im Nahen Osten geführt hat.

Netanyahu ließ bis zum Ende seiner Regierung beinahe jede Woche seine Bomber das souveräne Nachbarland Syrien bombardieren ohne, daß es eine internationale Reaktion dagegen gegeben hätte. Die westliche Welt ist in dieser Angelegenheit wie ein Taub-Stummer. Israel führt die Angriffe stets mit der Begründung, sie würden Stellungen iranischer Truppen in Syrien bombardieren. Aber Fakt ist, daß Israel und Türkei in dieser Sache gemeinsam den Plan verfolgen, das einst stabile Nachbarland Syrien mit allen Mitteln daran zu hindern nach dem IS-Krieg wieder Frieden und Stabilität zu finden und sich zu erholen. Beide haben ihre Interessen. Israel recht-fertigt in diesem Zuge die Annexion der Golan-Höhen und die Türkei treibt ihre Anti-Kurdenpolitik voran. Deswegen unterstützen beide auch weiterhin die sogenannten „moderaten Aufständischen“ in Syrien mit Waffen und sonstigen Hilfen.

Als großes Wahlgeschenk an Netanyahu hat Trump, noch kurz vor seinem wenig glorreichen Abgang und vorbei an internationalem Recht, das Gebiet der annektierten Golan-Höhen als Territorium Israels anerkannt.

Zitat DW 22.03.2019

Für die internationale Gemeinschaft ist es aber ein weiterer Schlag gegen das Verständnis, das mindestens der Westen jahrzehntelang mit den USA als Vorreiter propagiert hat: Das Völkerrecht ist die zentrale Säule der inter-nationalen Gemeinschaft. Die USA scheren hier aus. Das ist schon ein Signal, dass die USA an diese Werte des Multilateralismus und der Rechtsgemeinschaft nicht mehr glauben.

Netanyahu und Trump ist klar gewesen, daß Assad in seinem Land mit dem als „Bürgerkrieg“ getarnten multilateralen Krieg und seinen Gegnern Israel und Türkei beschäftigt ist und kaum dagegen reagieren könne. Da aber das „Schicksal“ von Assad politisch noch nicht feststeht, finden wir

Fortsetzung auf Seite 5

„Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.“

Helmut Schmidt

„Washingtons Rattenfänger“
Fortsetzung von Seite 4

selbst in der restlichen Welt niemanden, der sich vehement gegen diese US-Israelische Politik gestellt hätte. Oder haben wir dazu irgendeine UN-Resolution gehabt? Der Iran ist aktuell die einzige Macht, die Assad militärisch und zivil Vorort hilft und daher als Feind #1 gilt.

Aber, wenn die Regierung Israels sich tatsächlich vor Iran fürchtet, warum wird nicht an einer wirksamen Politik gegen Iran gearbeitet? Hier ist doch ganz klar, daß Israel eine Politik verfolgt um erst einmal Land und dann im Windschatten der Nah-Ost-Unruhen um Syrien, Iran, Afghanistan etc. vor allem Zeit zu gewinnen um die Palästinenserfrage durch eine Art Exodus endgültig zu klären ohne, daß die Welt sich dagegen wehrt, da alle mit einem Trump oder einem Putin oder den Mullahs und dem Atom-Theater beschäftigt sind.

Den theatralischen Höhepunkt erlebten wir vor wenigen Wochen. Just als Netanyahu die Bildung der neuen Regierung verfehlte, hat die IRI durch Einflussnahme auf Hamas die Krise in Israel heraufbeschworen. Wohlweislich war es der IRI bewußt, daß Netanyahu sofort auf die Angriffe der Hamas, so unwichtig diese auch gewesen sein mögen, auf springen würde, um sich wieder in seiner Position als alleiniger Retter Israels hervorzutun. Die IRI hat diesen Schachzug geführt um dann in den Verhandlungen für ein Atom-Abkommen noch vor den 13. Präsidentschaftswahlen durch seine „Intervention“ und der Befriedung der Krise Vorteile zu schaffen und der eigenen Bevölkerung im Iran ein Vorwahlgeschenk machen zu können und sie damit zu den Wahlurnen zu ziehen, was aber durch einen anderen politischen Schachzug nicht zustande kam.

Das Ergebnis ist heute bekannt. Netanyahu hat vorläufig seine Position vom amtierenden und alles lenkenden Ministerpräsidenten zur Oppositionsführung gewechselt und die Bevölkerung im Iran hat durch das Fernbleiben von den Wahlurnen eine beispiellose Abfuhr an das System der Islamischen Republik erteilt. Wohlweislich, daß nun der zu erwartende Hardliner Raissi zum Präsidenten ernannt/gewählt werden würde.

Die iranische Bevölkerung ächzt seit 40 Jahren unter der Herrschaft des brutalen diktatorischen Klerus in

der Islamischen Republik. Ich wiederhole mich mal wieder: die Menschenrechtsverletzung in der Islamischen Republik nimmt unvorstellbare Ausmaße an. Die Islamische Republik ist nach China beim Thema Hinrichtungen ein schrecklicher Weltrekordhalter. Täglich werden entgegen internationalem Recht Menschen wegen ihrer politischen, religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit hingerichtet. Die Richter machen keinen Halt vor Kindern und Jugendlichen. Der politische und gesellschaftliche Druck auf die Bevölkerung und die durch die Unfähigkeit der Regierung gebeutelte Wirtschaft hat unmenschliche Folgen hervorgebracht. Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Drogen, Hunger und Armut gehören zum Alltag einer sehr breiten Masse der Bevölkerung. Frauen prostituieren sich und Männer verkaufen Ihre Nieren auf dem Organspende Markt um Ihr Leben irgendwie voranbringen zu können. Die Intelligenz verläßt das Land in Richtung Westen. Das Land blutet förmlich aus und die eigene Bevölkerung ist nicht in der Lage aus eigener Kraft sich aus den Fängen des Klerus zu befreien.

Mohammad-Reza Pahlavi wurde 1978 unter dem Vorwand der Menschenrechtsverletzungen und der Diktatur vom Westen geächtet. Das Ergebnis der sogenannten Islamischen Revolution von 1979 ist, daß die Islamische Republik heute in einem einzigen Jahr doppelt so viele Menschen hinrichtet, wie man seinerzeit Mohammad-Reza Pahlavi für seine gesamte 37-jährige Amtszeit vorwarf. Von der Zahl der Folterungen in den überfüllten Gefängnissen und den sonstigen staatlich angeordneten Morden mag man hier nicht einmal mehr schreiben.

Und trotzdem wird die Islamische Republik, vordergründig im Interesse und auf Betreiben der Regierung unter der Führung Netanyahus (der selbst aber sehr wohl über Atomwaffen verfügt), heute lediglich für sein Atomprogramm, angegriffen und nicht für die verheerenden Menschenrechtsverletzungen der Islamischen Republik.

Das Schauspiel um das Atomprogramm hat die Funktion den Iran zwar zu dämonisieren, aber auf gar keinen Fall Regime-Change einzufordern.

Denn die Wahrheit ist, keines der Großmächte und selbst die Nachbarländer und vor allem Israel ist nicht wirklich an ein Regime-

Fortsetzung auf Seite 6

„Es ist leichter die Menschen zu täuschen, als sie davon zu überzeugen, daß sie getäuscht wurden!“

Mark Twain

„Washingtons Rattenfänger“
Fortsetzung von Seite 5

Change in Iran interessiert. Denn nur so lange es diesen

Dämon gibt, kann Israel seine innen- und außenpolitischen Ziele im Schatten der vermeintlichen Gefahr dieses Dämons verfolgen und umsetzen, und zwar ganz ohne Einmischung anderer. Dasselbe gilt im Übrigen auch für Saudi Arabien und alle Golfstaaten, die ihren heutigen Wohlstand mitunter der jahrzehntelangen Instabilität Irans, Iraks und Syriens verdanken.

Nun stellt sich einem Menschen wie mir die Grundsatzfrage: Wie viel Unrecht können sich USA und Verbündete mittelfristig noch leisten?

Die gesamte westliche Gemeinschaft ist in tiefer Schuld gegenüber der Bevölkerung von Afghanistan, Iran und der gesamten Region, die im Zuge dieser fatalen und einseitig gerichteten Politik der USA, ihre Freiheit, ihren Frieden, ihren relativen Wohlstand und ihre Perspektiven für die Zukunft seit über 40 Jahren vollkommen verloren haben.

Trump, der Rattenfänger aus New York, der Musterschüler von Putin und Netanyahu, ist Dank der über 85 Millionen Wählerstimmen wohl enttarnt und hat nun endgültig ausgedient.

Biden ist der Mann, der an der Seite Jimmy Carters an der Entthronung von Mohammad-Reza Pahlavi im Jahr 1979 und der Realisierung der Politik des damaligen Präsidentenberaters Zbigniew Brzezinski mit dem Titel „Grüner Gürtel“ zur erfolgreichen Vernichtung der Sowjetunion, beteiligt war. Seine Rolle bei den Irak-Kriegen, sowie im Krieg gegen Syrien ist hinlänglich bekannt. Diese von Bush 1+2, Clinton, Obama fortgeführte Politik hat sich im Nachhinein als kontraproduktiv und für das Image der USA schädlich erwiesen. Aber die lange politische Erfahrung Bidens ist damit nicht von der Hand zu weisen. Die US-Bürger haben mit der Abwahl Trumps ein klares Zeichen für eine zukunftsweisende Politik im Sinne der Wiederaufnahme der Führungsrolle in der westlichen Wertegemeinschaft gesetzt. Heute gilt es nicht mehr die Sowjetunion nieder zu ringen. Heute ist China der klare Gegner in bezug auf die Weltmachtposition. Es bleibt zu hoffen, daß die westliche Allianz sich mit der Präsidentschaft von Joe Biden wieder zu Ihren Werten zurückfindet. Die Welt von Morgen muß frei und unabhängig bleiben. Einst war die

Welt geteilt in OST und WEST. Der Westen war das Sinnbild für Kapitalismus, aber auch Wohlstand und Freiheit und der Osten für Kommunismus und damit für Rückständigkeit und Freiheitseinschränkungen. China führt anhand seines Umganges mit den Minderheiten, wie chinesische Juden (übrigens historische Nachfahren persischer Juden), Uyguren, mit Hongkong, Taiwan oder mit der eigenen Bevölkerung heute sehr offen und anschaulich vor, in welche Richtung die Politik dieser kommunistischen Diktatur hinführen wird. Sie gehen brutal und rücksichtslos vor. Auch ihre Art der Wirtschaftspolitik im Ausland ist vergleichbar mit imperialer Herrschaftsstrukturen der letzten Jahrhunderte.

Militärausgaben in Milliarden US-Dollar

USA ca.	700
China*	252
Indien	72,9
Russland	61,7
Vereinigtes Königreich	59,2

Die obigen Zahlen zeigen, China wird bei den Militärausgaben nur noch von den USA übertroffen.

FAZIT:

Die westliche Wertegemeinschaft muß für die eigene Unabhängigkeit und Freiheit sich wieder vereint als starkes Bollwerk gegen die Großmacht China aufrichten. Das bedeutet auch, selbst angestiftete Krisenherde zu beenden und durch Stabilität, Frieden und Zusammenhalt den Vormarsch des Roten Drachen Einhalt zu bieten. **Gemeinsam** bedeutet für **ALLE**, und zwar **ohne Ausnahme** und auch **ohne Sonderstellung**. Ansonsten sind wir verloren.

Die USA und der gesamte Westen sitzen in jeder Hinsicht **noch** am längeren Hebel.

Daher wäre der erste Schritt in diese Richtung, eine Selbstverpflichtung der Regierung von Präsident Biden im Zuge des Atomabkommens nicht nur die Sicherheit Israels und seiner Bevölkerung sondern auch die Rechte der Menschen im Iran zur Verhandlungssache zu erklären.

In Hoffnung für eine bessere Zukunft wünsche ich allen einen schönen Sommer und eine hoffentlich lange Zeit ohne Corona-Krise.

„Narren vermehren sich, wenn die Klugen schweigen.“

Nelson Mandela

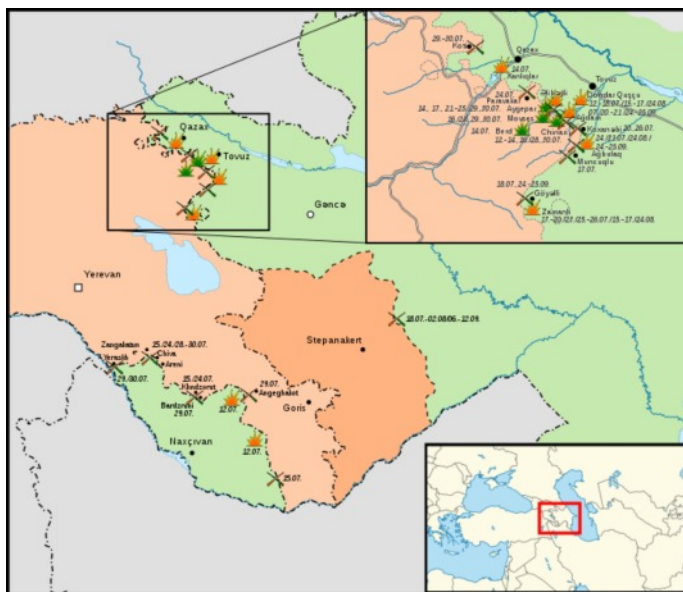
Peter Orzechowsky
Portugal

Folgen des Krieges im Kaukasus 2020

Vor Monaten ist im Kaukasus der alte Konflikt zwischen den Armeniern und den Aserbajdschanern wieder ausgebrochen. Der Streitpunkt: das mehrheitlich von Armeniern besiedelte, etwa 10.000 Quadratkilometer große Gebiet Berg-Karabach innerhalb der aserbajdschanischen Landesgrenzen. Dieser Konflikt um einen Fetzen Gebirge hinter der Türkei kann in seinen Fernwirkungen für uns bedrohlich werden.

Inzwischen scheint klar, dass es sich bei dem Krieg um eine geplante Offensive Aserbajdschans zur Rückeroberung von Bergkarabach (auch: Nagorny Karabach, die international nicht anerkannte Republik Arzach) handelt. Baku spricht offen von dem Willen zur Rückeroberung des Gebietes. Unterstützt wird Baku dabei von der Türkei.

Armenische Stellen meldeten zu Beginn der Kampfhandlungen im September 2020 den Abschuss eines armenischen SU-25 Kampflugzeugs durch eine türkische F-16, was den ersten direkten Kampfeinsatz der türkischen Luftwaffe gegen die Streitkräfte Armeniens markieren würde. Türkische Kampfjets sollen zudem an aserbajdschanischen Luftangriffen gegen



Nagorny Karabach teilgenommen haben. Die türkischen F-16 sollen von der aserbajdschanischen Luftbasis Ganja aus operieren, auf die sie während aserbajdschanisch-türkischer Manöver im August 2019 verlegt worden sind.

Überdies erhebt Armenien weitere Vorwürfe, laut denen die türkischen Drohnen, die bei Luftangriffen gegen Nagorny Karabach eingesetzt werden, von türkischen Piloten gesteuert würden.

Das islamisch-nationalistische Regime in Ankara fordert gemeinsam mit Baku die Kapitulation Arzachs sowie den totalen »Rückzug« Armeniens aus Nagorny Karabach – was faktisch auf die ethnische Säuberung der seit gut 30 Jahren unabhängigen Region hinausliefe.

Der ewige Zankapfel

In einem größeren Zusammenhang betrachtet, ist der jetzt wieder ausgebrochene Krieg um Berg-Karabach nur der vorerst letzte in einer langen Kette von größeren und kleineren Kriegen zwischen Ost und West um Armenien. Der Dauerstreit zwischen Rom und Persien um das Land endete mit der Teilung Armeniens im Jahr 387. Der an Persien fallende östliche Teil (vereinfacht: das heutige Aserbajdschan) geriet mit der arabischen Eroberung Persiens unter islamischen Einfluss; der westliche blieb unter der Oberhoheit des christlichen Byzantinischen Reiches. Eingeklemmt zwischen den Großmächten, blieb Armenien Zankapfel zwischen Ost und West. Das kleine Land hatte nach 1919 für kurze Zeit von seiner Selbstständigkeit von Russland geträumt, wurde aber von Sowjetrussland wieder eingefangen. Stalin gliederte willkürlich das armenisch besiedelte Berg-Karabach der Aserbajdschanischen SSR zu.

Das Gebirgsland Armenien – 90 Prozent der Landesfläche liegen mehr als 1000 Meter über dem Meeresspiegel, die mittlere Höhe beträgt sogar 1800 Meter – grenzt im Norden an NATO-Beitrittskandidat Georgien, im Osten an seinen Feind und NATO-Aspiranten Aserbajdschan, im Südosten an den Iran, im Süden an die aserbajdschanische Exklave Nachitschewan und von Südwesten bis Westen an die Türkei. Drei Millionen Menschen leben in dem Land, das etwa so groß ist wie Brandenburg.

Fortsetzung auf Seite 8

„Politik ist Krieg ohne Blutvergießen. Krieg ist Politik mit Blutvergießen!“

Mao Tse-tung

„Folgen des Krieges....“
Fortsetzung von Seite 7

Für Russland ist Armenien ein enger Verbündeter. Das Land ist

Mitglied in der von Russland angeführten OVKS sowie der Eurasischen Union. Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ist eine Art „Gegen-NATO“. „Aufgabe des Bündnisses ist die Gewährleistung der Sicherheit, Souveränität und territorialen Integrität der Mitgliedstaaten“, heißt es in der Charta der OVKS. „Dies soll vornehmlich durch eine enge Zusammenarbeit in der Außenpolitik, in militärischen Angelegenheiten, in der Erforschung neuer militärischer Technologien sowie in der Bekämpfung grenzübergreifender Bedrohungen durch Terroristen und Extremisten erreicht werden.“

Zu dem Bündnis gehören Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Russland unterhält in jeder dieser postsowjetischen Republiken Militärstützpunkte. Aserbaidschan, Georgien und Usbekistan waren einmal Mitglieder des Bündnisses, sind aber wieder ausgetreten. Serbien und Afghanistan erwägen den Beitritt. Russland hat also auch in Armenien eine Militärbasis.



(Bildquelle: Wikipedia open sources)

Armeniens Kontrahent Aserbaidschan, reich an Öl und Gas, mit dem Westen nicht nur über die Pipeline vom Kaspischen Meer über Georgien in die Türkei

verbunden, sondern auch auf dem umgekehrten Weg durch türkische Waffenhilfe, zählt dreimal so viele Einwohner, dreimal so viele Truppen und dreimal so viel Wirtschaftskraft. In den letzten Jahren hat das ölreiche Aserbaidschan seine Armee kräftig aufgerüstet. Laut einem Bericht des Stockholmer internationalen Friedensforschungsinstituts (Sipri) sind die aserbaidshanischen Waffenimporte zwischen 2010 und 2015 um 217 Prozent gestiegen. Den Großteil der Waffen – unter anderem moderne Panzer vom Typ T-90S, Luftabwehrsysteme und Mehrfachraketenwerfer sowie Kampfhubschrauber – kaufte Baku in Russland. Auf der anderen Seite rüstete Moskau auch Armenien zu günstigeren Konditionen aus und stellte dem Land sogar einen Kredit von 200 Millionen Dollar für den Kauf russischer Waffen zu Verfügung.

Streitpunkt zwischen den beiden Südkaukasus-Staaten ist die hauptsächlich von christlichen Armeniern bewohnte, aber völkerrechtlich zum muslimisch geprägten Aserbaidschan gehörende Region Berg-Karabach. Diese hatte sich im September 1991 für unabhängig erklärt. Darauf kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit geschätzt 30.000 Toten. Die Karabach-Armenier wurden von armenischen Diasporen in aller Welt unterstützt, während Aserbaidschan mit Gewalt versuchte, die Abspaltung der Region zu verhindern. Am 12. Mai 1994 trat ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft. Aserbaidschan verlor seine Kontrolle über Berg-Karabach sowie vollständig bzw. teilweise über sieben benachbarte Kreise. Aber auch nach dem Waffenstillstand kehrte kein Frieden zwischen den beiden ungleichen Feinden ein. Immer wieder kam es zu schweren Gefechten an der Grenze zur abtrünnigen Provinz.

Zwei Staaten, eine Nation

Das wirkliche Problem ist aber nicht diese umstrittene Region, sondern die Türkei. Armenien ist eingeklemmt zwischen der Türkei im Westen und Aserbaidschan im Osten. Letzteres ist völkisch praktisch mit der Türkei identisch. Die Sprachen sind einander so nahe wie Deutsch und Österreichisch. Überall in dem ölreichen Land, das ans

Fortsetzung auf Seite 9

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte.

Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“

Egon Bahr

„Folgen des Krieges....“
Fortsetzung von Seite 8

Kaspische Meer grenzt, sieht man türkische und aserbajdschanische

Flaggen und die Aufschrift »Zwei Staaten, aber eine Nation«.

Daher ist es für Aserbajdschaner selbstverständlich, dass jetzt der große Bruder aus Ankara hilft. Offenbar hat die Türkei ihre in Nordsyrien stationierte Söldnerarmee, die Dschihad Fremdenlegion, bereits nach Aserbajdschan verlegt. Es handelt sich um die Hamza Division, bestehend aus Arabern und Turkmenen, welche unter direktem Befehl von Erdoğan stehen und für terroristische »Spezialaufgaben« in Syrien und im Irak eingesetzt wurden, wie auch in Libyen. Über diese türkisch-dschihadistische Söldnerarmee berichteten auch russische, britische und US-Medien.

Die Militärbeziehungen zwischen den Turkvölkern Aserbajdschan und Türkei gehen bis ins Jahr 1992 zurück, als sie vor allem im Ausbildungsbereich zu kooperieren begannen. Im Jahr 2010 begründeten Aserbajdschan und die Türkei eine offizielle strategische Partnerschaft, die unter anderem einen militärischen Beistandspakt umfasst, sobald eines der Länder in einen ernsten militärischen Konflikt involviert wird.

Gemeinsam begann man mit der Herstellung von Artilleriewaffen. Einen weiteren Wandel im Niveau des Einflusses Ankaras auf den Südkaukasus bemerkten Militäranalysten, als erstmals im Jahr 2012 georgische Truppen im großen Stil begannen, sich türkisch-aserbajdschanischen Kriegsspielen anzuschließen. Um diese Entwicklung auch für die Zukunft zu zementieren, unterzeichneten die Verteidigungsminister der drei Länder im Jahr 2014 mehrere Abkommen, die regelten, dass künftig zwei Mal im Jahr trilaterale Treffen und noch mehr Militärübungen abgehalten werden. Für Baku kreiert die Bindung an Ankara einen militärischen Gürtel, untermauert durch zahlreiche Militärabkommen. Für Ankara bedeutet die militärische Partnerschaft mit Aserbajdschan und Georgien, das russische Gewicht im Südkaukasus zu schwächen und den beiden Ländern Waffen aus der türkischen Rüstungsindustrie zu verkaufen.

Für die Türkei ist Armenien mehr als lästig und ebenso ein Unding wie für Deutschland der

Polnische Korridor von 1919 - 1939, der das deutsche Volk zertrennte. Es war schon seit 120 Jahren die Absicht der Türkei, sein Territorium bis zum Kaspischen Meer auszudehnen und sich mit Aserbajdschan zu verbinden. Dabei muss Armenien in der Mitte ausgelöscht werden und deshalb kam es während des Ersten Weltkrieges zum Völkermord an den Armeniern mit 1,2 Millionen Toten.

Wie immer geht es um Öl, Gas und deren Transportwege

Wer über Georgien, Armenien und Aserbajdschan herrscht, kontrolliert den Korridor zwischen den Öl- und Gas-reichen Ländern des Kaspischen Beckens und dem Schwarzen Meer und damit weiter nach Europa.

Oder, wie es in einer Studie des kanadischen Centre for Research on Globalization (globalresearch.ca) heißt: „Der Südkaukasus wird der strategische Kreuzungsweg des 21. Jahrhunderts sein... Er bildet die Drehscheibe und Landbrücke zwischen Westeuropa/der atlantischen Welt und Ostasien, dem eurasischen Kernraum und dem Indischen Ozean, der Levante und Afrika.“

Obamas außenpolitischer Berater und geopolitischer Vordenker Zbigniew Brzezinski hatte schon vor mehr als 20 Jahren in seinem Buch *Die einzige Weltmacht* geschrieben: „Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion war das Kaspische Meer... ein nahezu rein russisches Gewässer gewesen.“ Als Aserbajdschan, Kasachstan und Turkmenistan unabhängig wurden, „konnte Russland nicht mehr selbstverständlich von der alleinigen Verfügungsgewalt über diese Bodenschätze ausgehen“.

„Mit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten“, schreibt Brzezinski weiter, „hatte sich Russlands südöstliche Grenze an einigen Stellen um mehr als tausend Meilen nach Norden verschoben. Die neuen Staaten verfügten über riesige Mineral- und Erdölvorkommen, die ausländische Interessenten anlocken mussten... Für die Russen muss das Gespenst eines möglichen Konflikts mit den islamischen Staaten entlang der gesamten Südflanke Russlands (die zusammen mit der Türkei, dem Iran und Pakistan mehr als 300 Millionen Menschen aufbieten) Anlass zu ernster Besorgnis sein.“

Fortsetzung auf Seite 10

„Dankbare Menschen sind wie fruchtbare Felder; Sie geben das Empfangene

zehnfach zurück!“ August von Kotzebue

„Folgen des Krieges...“
Fortsetzung von Seite 9

Brzezinskis Sohn Mark, der für eine US-amerikanische Anwaltskanzlei im Erdöl- und Erdgasgeschäft im Kaspischen Becken tätig ist, schrieb dazu in einem Artikel in der *Washington Post* vom 18. Mai 1999: „Kontrollierte Russland Aserbaidshans, könnte es ... die russische Kontrolle der erdölreichen zentralasiatischen Staaten verstärken... und auch die russische Vorherrschaft über andere Kaukasusstaaten, vor allem Armenien und Georgien. Seine Lage macht Aserbaidshans zu einem lebenswichtigen Verkehrskorridor, der den Zugang zum Kaspischen Becken und nach Zentralasien kontrolliert.“

Was für Russland gilt, gilt auch für die USA. Denn von Baku (Aserbaidshans) am Kaspischen Meer verläuft eine Pipeline über georgisches Gebiet bis in das türkische Ceyhan und von dort in die westliche Welt. Frank Nienhuysen verweist in der *Süddeutschen Zeitung* vom 27. April 2006 auf einen weiteren Faktor: „Aserbaidshans teilt mit Iran eine etwa 600 Kilometer lange Grenze und ist – mit Blick auf den Öl- und Gasreichtum – für Washington somit ein strategischer Brückenkopf in einer höchst unruhigen Region.“



(Bildquelle: Wikipedia open source)

Türkische Großmacht-Pläne

Das vielleicht Entscheidende am derzeitigen Konflikt ist jedoch das Motiv, das hinter der militärischen Intervention Ankaras steht: Erdoğan sieht sich als Vertreter des Neo-Ottomanismus. Damit gemeint ist eine Ideologie imperialistischer Natur, nach welcher die Türkei über ihre Grenzen hinweg ein größeres politisches

Engagement verfolgen soll, speziell in Regionen, über die das Osmanische Reich einst herrschte. Dies wird in Erdogans früherer Äußerung deutlich: »Wir haben unsere Grenzen nicht freiwillig akzeptiert. Wir müssen überall sein, wo unsere Ahnen waren.«

Dazu gehört auch der »Sicherheitskorridor«, den Ankara im Norden Syriens errichtete, um die Kurden zu verdrängen, ebenso wie der Konflikt um Rohstoffvorkommen mit Griechenland und der Streit um Seegrenzen.

Aber die Großmacht-Phantasien reichen noch viel weiter: Armenien trennt nicht nur die Türkei von ihrer Außenstelle Aserbaidshans.

Aserbaidshans gegenüber, an der Ostseite des Kaspischen Meeres, erstreckt sich Turkmenistan. Weiter östlich liegen Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan. Diese wieder setzen sich fort nach Kasachstan. An dessen nördlicher Grenze liegen, wenn auch politisch zu Russland gehörig, Landschaften türkischer Sprache und Einstellung. Die Turk-Völker von Istanbul bis Jakutien sprechen zwar nicht exakt dieselbe Sprache – aber sie verstehen einander. Sie schauen auf die Türkei als eine Art Referenzstaat.

Großtürkisch nationalistisch sind anscheinend fast alle Angehörigen dieser Turkvölker – vom Taxifahrer im deutschen Castrop-Rauxel bis zum Buchhändler im russischen Kasan. Der türkisch - islamische Gürtel von Jakutien im Norden Sibiriens bis an die EU- Außengrenze zu Griechenland und Bulgarien und damit die globale Einheit der Turkvölker wird nur durch den Kleinstaat Armenien mit seinen nicht einmal 4 Millionen Einwohnern unterbrochen.

Armenien, Europa und ein möglicher Weltkrieg Die Türken haben nicht vergessen, dass ihnen 1683 – übrigens mit Hilfe Frankreichs – die Eroberung von Wien und damit Mitteleuropas fast gelungen wäre. Türken stehen heute wieder als die heimlich bestimmende Macht ganz nahe – in Sarajewo. Fast 10 Millionen Türken leben in der EU. Der türkisch - islamische Einfluss in Westeuropa und Deutschland wächst stetig.

Noch gibt es die hier skizzierte Großtürkische Machtballung nicht. Solange Armenien sich hält, dient es uns als ein, wenn auch schwacher Schutz gegen ein Wiederaufleben des Osmanischen Reiches mit Absichten auf Westeuropa.

Was aber, wenn Armenien

Fortsetzung auf Seite 11

„Wer sein Recht nicht wahren, gibt es auf!“

Ernst Raupach

„Folgen des Krieges....“
Fortsetzung von Seite 10

nicht mehr da ist oder unter türkischen Einfluss gerät?

Dieser simmernde Konflikt, der jetzt aufkocht, spielt mit dem Neuen Kalten Krieg im Hintergrund, der sich in Europa aufheizt, nachdem die USA in den vergangenen Monaten ihren Stellvertreterkrieg mit Deutschland und Bulgarien gegen russische Interessen intensiviert. Besonders die vom Westen inszenierte »Farbrevolution« in Weißrussland gehört dazu, denn alle drei sind wichtige Transitstaaten für russische Energieexporte nach Europa, was Washington unbedingt kappen will.

Militärischen Sprengstoff hat der Konflikt, sollte Armenien die OVKS um Hilfe bitten. Bislang verzichtete Jerewan auf ein direktes Hilfsgesuch an die OVKS gegen den amoklaufenden NATO-Partner Türkei, das auch den Kreml in Zugzwang brächte. Sollte aber Russland nicht anders können, als seine Bündnisverpflichtungen zu erfüllen, dann stehen sich auf einmal Russland/OVKs und Türkei/NATO gegenüber.

Russland könnte sich noch aus einem anderen Grund gezwungen sehen, einzugreifen: Moskau sieht in den Meldungen, dass die Türkei Islamisten aus Syrien in die Region verlegt, eine massive Bedrohung. Denn von dort ist der Weg in dem unübersichtlichen Kaukasus auf russisches Gebiet nicht weit und Russland will das Einsickern von Islamisten aus Syrien um jeden Preis verhindern.



Karte der kaukasischen Krisenregion (Quelle Wikipedia)

Datum ab 12. Juli 2020
27. September bis 10 November 2020
Ort Bergkarabach
Ausgang Sieg Aserbaidschans
Folgen Aserbaidschan erhält die Kontrolle über zwei Drittel der Republik Arzach zurück

Konfliktparteien

- Armenien (Streitkräfte Armeniens)
- Republik Arzach (Streitkräfte der Republik Arzach)
- Aserbaidschan (Aserbaidschanische Streitkräfte)
- Unterstützt von Türkei mit syrischen Söldnern (u. a. Hamza-Brigade und Sultan Murad Division) (direkte Beteiligung wird bestritten)

Befehlshaber

Nikol Paschinjan^{[1][2]} | İlham Əliyev
Arajik Harutjunjan

Truppenstärke

Unbekannte Anzahl armenischer Soldaten | Unbekannte Anzahl aserbaidschanischer Soldaten
mind. 2580 syrische Söldner (laut SOHR, Stand: November) ^[3]

Verluste

5 tote armenische Soldaten (eigene Angaben, im Juli 2020) ^[4] | 12 tote aserbaidschanische Soldaten (eigene Angaben, Juli 2020) ^[6]
3621 bisher gesichert tote und 321 vermisste armenische Soldaten (eigene Angaben, Stand: 20. April 2021) ^[5] | 2904 tote und 10 vermisste aserbaidschanische Soldaten im Herbst 2020 (eigene Angaben, 3. Juni 2021) ^[7]
541 tote syrische Söldner (laut SOHR, Stand: 3. Dezember) ^[8]
92 tote und 404 verletzte aserbaidschanische Zivilisten (27. September–5. November) ^[9]
mind. 46 tote und 146 verletzte armenische Zivilisten (27. September–3. November) ^[10]
90.000 Flüchtlinge aus der Republik Arzach ^[11]
40.000 aserbaidschanische Flüchtlinge ^[12]

Eckdaten zum letzten Kaukasus Krieg 2020
(Quelle: Wikipedia)

„Nationalismus ist Verrat an der eigenen Nation.“

Norbert Röttgen

Die Redaktion

Redaktion des DENK'MAL!

Aus Pandemiegründen fand im Jahr 2020 keine einzige Präsenzveranstaltung des L&LL-Vorstandes statt. Die Arbeit der Vorstände und der Redaktion wurde auf digitale Medien beschränkt. Daher hat auch die Zeitschrift DENK'MAL! eine für uns ungewöhnlich lange Pause gehabt, welches aber der Situation geschuldet ist und sicher für unsere Freunde und Mitglieder nachvollziehbar sein wird.

Wegen der Pandemie wurde im Jahr 2020 kurzfristig auch der bereits durchgeplante traditionelle Newroz-Empfang des OB das der Verein L&LL als Mitorganisator veranstaltet kurzfristig abgesagt. 2021 wiederholte sich die diesmal erwartete Absage.

Wie OB Dieter Reiter in seinem Schreiben vom 18. Februar 2021 selbst schreibt, hoffen wir alle inständig, daß der traditionelle Newroz Empfang wieder stattfinden kann.

Bis dahin sollten die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Grundlagen soweit geschaffen sein, daß die Menschen sich wieder in einem sicheren Umfeld im Rathaus München treffen und wir das schöne Fest Newroz miteinander feiern können.

Wir bedanken uns nochmal bei unseren Vorständen und Redaktionsmitgliedern, ohne deren Unterstützung die Veröffentlichung dieser Ausgabe nicht möglich gewesen wäre.

Diese Veröffentlichung ist somit unsere 27. Ausgabe des DENK'MAL!. Wir hoffen die unterschiedlichen Artikel liefern einen abwechslungsreichen Lesestoff und bieten kurzweilige Informationen und Sichtweisen zu Themen, die auch für Sie interessant sind.

Wir würden uns freuen, wenn diese Erfolgsstory des Vereins und seiner Aktivitäten mit Ihrer Hilfe und Unterstützung noch lange weiter geführt werden kann.



Die Redaktion

Berichte aus dem Bustan Club



Der Bustan Club, die im Jahr 2015 gegründete Abteilung für Kultur, Wirtschaft und Akademiker unseres Vereins hat auch 2020 trotz Pandemie zumindest in der zweiten Jahreshälfte einige Aktivitäten gehabt.

Dazu gehören neben dem Sport Club Betrieb folgende Aktionen

- Im Dezember 2020: Online Shabe Yalda
- Im März: Bustan Talks #11 Online-Seminar mit Dr. Khazami „die Ebenen des menschlichen Bewußtseins“
- Online Norouz-Live-Veranstaltung mit diversen Künstlern und Teilnehmern aus der iranischen Community in München
- Bustan Talks #12 Online mit Firma Huber, Reuss & Kollegen, „Risiken & Chancen der Börse“
- Im Mai: Bustan Talks #13 mit Dr. Khazami „Die 7 Spiegel der Beziehungen“
- Im Juni: Wiedereröffnung der Sportanlage

Hervorzuheben ist der Einsatz des Clubs bei der Bewältigung aller organisatorischen Aufgaben in Zusammenhang mit der Pandemie, die auf das Team hinzugekommen sind. Hierfür bedankt sich der Vorstand des Vereins bei allen Bustan Club Vorständen und Mitgliedern, sowie bei allen Sport-Club-Mitgliedern, die sich trotz der Corona-Krise weiterhin ehrenamtlich für die tollen Ideen einbringen und einsetzen.

Weitere Informationen, sowie einen Ausblick auf die nächsten Veranstaltungen des Bustan Club findet man auf der Homepage von www.bustanclub.de oder auf unserer Facebookseite.

„Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln!“

Thomas Babington Lord Macaulay

M. Harun-Mahdavi
München

Die Wahl von Raissi im Iran und seine Folgen

Die aktuellen Nachrichten über die landesweiten Unruhen im Iran geben einen Einblick über die gewachsene Unzufriedenheit der Bevölkerung im Iran.

Ebrahim Raissi ist seit 18. Juni 2021 der 13. Präsident der Islamischen Republik seit der Revolution im Jahr 1979. Der als Hardliner berüchtigte und als Henker bekannte Raissi steht für die rigorose Erfüllung der vom Religionsführer Khamenei geforderten Politik.

Die jüngsten Kontakte zu den Taliban, die Unruhen in den Grenzregionen Belutschistan, Khuzestan, die Wasserknappheit im ganzen Land, die fehlende Corona-Strategie der Regierung, der Zusammenbruch des Gesundheitssystems, nicht abreißende Korruptionskandale, die zunehmende Unterdrückung der Frauen und der Freiheit der jungen Generation im Allgemeinen, die hohe Arbeitslosenquote im ganzen Land, Armut, Kinderarbeit, Geldflucht, die Last der über 1,6 Millionen Flüchtlingen aus Afghanistan, die mißbilligte russische und chinesische „Invasion“, die Flucht der Intelligenz durch Migration, die jüngsten Explosionen und Brände an Schlüsselstellen des iranischen Atomprogramms und die ins Stocken geratenen Atomverhandlungen und anhaltenden Sanktionen scheinen nach 42 Jahren die Bevölkerung nun so weit gebracht zu haben, daß ihre Wut größer ist als ihre Angst vor der brutalen Reaktion des Mullah-Regimes.

Die Wahl von Joe Biden, Regierungswechsel in Israel, Politikwechsel in USA und Israel gegenüber der Islamischen Republik könnten die Zünder für ein Regime-Change im Iran sein?



Als Zeichen kann man folgende Entwicklungen sehen:

- Explosion in Militärkomplex in Parchin und Black Out in Shiraz (25. Juni 2020)
- Explosion in Natanz Zentrifugen Fabrik (2. Juli 2020)
- Explosion in Khuzesten Kraftwerk (4. Juli 2020)
- Explosion in Teheran Chemiefabrik (9. Juli 2020)
- Explosion in Maschhad (13. Juli 2020)
- Explosion in Ahvaz Pipeline (18. Juli 2020)
- Explosion in Isfahan Kraftwerk (19. Juli 2020)



Wie man sieht, eine konzentrierte Serie von Explosionen, die ein bestimmtes Ziel verfolgten. Es wird behauptet, daß Mossad sich als Drahtzieher der Explosionen bekannt hätte. Im Gegenzug hat die Hamas die letzte Intifada unmittelbar nach Regierungsverlust von Netanyahu mit dem Abschuss von über 3000 Raketen angezettelt. Dieses Mal hat die Regierung Israels besonnen reagiert und durch den Verzicht auf eine Bodenoffensive in Gaza die politischen Ziele der Islamischen Republik durchkreuzt und deren Verhandlungsbasis bei den Atomgesprächen zerstört. Dadurch hat die IRI es nicht mehr geschafft durch den als Verhandlungsergebnis erhofften Wegfall der Sanktionen eine positive Botschaft für das eigene Volk zu liefern und die Menschen noch einmal an die Wahlen zu ziehen, wie vor einigen Jahren. Bei diesen Wahlen gab es eine vernichtende Antwort der Bevölkerung durch Fernbleiben. Die Islamische Republik hat dieses Mal die Quittung für ihre Mißwirtschaft und diktatorische Politik erhalten. Raissi ist nun der letzte Versuch der IRI-Strategen, sich weiterhin im Land zu halten, aber ihre Zeit ist nun endgültig vorbei. Die nun seit zwei Wochen anhaltenden landesweiten Demonstrationen wegen Wassermangel und anderen Unzulänglichkeiten der Regierung zeigen sehr genau die Unzufriedenheit der Menschen im Iran auf. Die Wut des Volkes ist nun stärker wie die Angst vor Repressalien.

Im gleichen Zug gibt es auch eine neue Bewegung innerhalb der liberalen und säkularen Oppositionsbewegungen. Es bleibt zu hoffen, daß diese nun die nötige Rückendeckung vom Westen - inklusive Israel als regionale Übermacht - und von der Bevölkerung im Landesinneren erhalten und den Weg bereiten, um das Volk zu den vor 42 Jahren erhofften Zielen der Revolution für Freiheit, Frieden, Demokratie und Wohlstand zu führen.

„Ich kann ohne das mindeste Zögern sagen, daß, wer behauptet, Religion habe nichts mit Politik zu tun, nicht weiß, was Religion bedeutet!“

Mahatma Gandhi

Der Vorstand

Wir gratulieren unserem Vorsitzenden zum 80. Geburtstag

Die gesamte Vorstandsschaft des Vereins Leben und Leben Lassen e.V. gratuliert unserem Gründungsvorsitzenden Dr. Dipl.-Ing. Massoud Harun-Mahdavi zu seinem 80. Jahrestag am 14. Mai dieses Jahres.

Das legendäre Foto von der Pressekonferenz im Münchner Künstlerhaus im März 1993 zeigt wie unser Vorsitzender vor etwas mehr als 28 Jahren die Gründung unseres seither gemeinnützigen Vereins öffentlich bekannt gab.

Angesichts der Menschenrechtsverletzungen, die damals wie heute ein Regierungsinstrument des Mullahregimes im Iran war und ist, bewog unseren Vorsitzenden damals für die Präsidentschaftswahlen im Iran gegen Rafsandjani zu kandidieren. Daß seine Kandidatur mit allen Mitteln abgewehrt werden würde, war klar. Aber die Reaktionen in den Medien war groß und die Machenschaften der Islamischen Republik wurden damals auch in Deutschland zum ersten Mal öffentlich sichtbar. Unser Vorsitzender war in den letzten 28 Jahren maßgeblich für die Entwicklung unseres Vereins verantwortlich. Wir alle sind ihm dankbar für seinen unermüdlichen und kompromisslosen Einsatz für die Menschenrechte und für die iranische Community in München und gratulieren nochmal vom Herzen.



Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München

Landeshauptstadt München, Oberbürgermeister, 80333 München

Herrn
Massoud Harun Mahdavi
Elektrastraße 24
81925 München

10. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Harun Mahdavi,

es freut mich sehr, dass Sie am 14. Mai 2021 Ihren 80. Geburtstag feiern können. Dazu gratuliere ich Ihnen im Namen der Landeshauptstadt München und persönlich sehr herzlich und verbinde damit meine besten Wünsche für Ihr Wohlergehen.

Ich hoffe, dass Sie Ihren Ehrentag festlich begehen können und wünsche Ihnen für das neue Lebensjahr Gesundheit und alles erdenklich Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Reiter
Dieter Reiter



Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Markus Söder, MdL



Herrn
Massoud Harun Mahdavi
Elektrastraße 24
81925 München

14. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Harun Mahdavi,

herzlichen Glückwunsch zu Ihrem 80. Geburtstag!

Sie können an diesem Tag auf viele erfüllte Jahre zurückblicken, aber auch die Zukunft zuversichtlich ins Auge fassen. Sie soll Ihnen noch viele schöne Erlebnisse und vor allem Gesundheit bringen.

Alles Gute im neuen Lebensjahr – besonders in dieser schwierigen Zeit!

Mit freundlichen Grüßen

Markus Söder

Telefon: 089 2155 2040
Telefax: 089 294344

E-Mail: massoudharun@vlll.bayern.de
Internet: www.vlll.de

Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80339 München

„Ein jeder gibt sich selber seinen Wert!“

Schiller

Der Vorstand

Entwicklung des Bustan Sport Clubs trotz Corona

Im April 2019 hat der Verein Leben und Leben Lassen gemäß Vostandsbeschuß aus 2017 nach zweijähriger Vorarbeit in Zusammenarbeit mit dem



Landeshauptstadt
München

Referat für Sport und Bildung der Landeshauptstadt München den Bustan Sport Club in der Sportanlage der ehemaligen Allianz-Arena in der Osterwaldstraße 144, direkt am Englischen Garten liegend, den Betrieb aufgenommen.

Leider hat die Corona-Pandemie durch zwei Lockdownphasen des seit nun zwei Jahren bestehenden Sport Clubs um insgesamt 12 Monaten auf Null eingeschränkt. Nichts desto trotz hat der Sport Club durch Disziplin und Einhaltung der Hygienrichtlinien das Vertrauen der Mitglieder und Sportfreunde gewonnen, so daß der Betrieb nach der neuerlichen Öffnung sofort wieder aufgenommen werden konnte. Die Betreuungsgruppe aus L&LL- und Bustan Club Vorständen hat bereits in den Lockdownphasen sich auf die Wiederaufnahme des Betriebes vorbereitet. Ein besonderer Dank gilt auch dem Referat für Bildung und Sport, welches uns in der gesamten Lockdownphase auf den aktuellen Stand gehalten und uns für die Wiederaufnahme vorbereitet hat.

Das Vertrauen und das Interesse der Sportfreunde zeigt sich darin, daß der Sport Club in der Zwischenzeit seine Mitgliederzahl trotz Lockdown auf fast 100 steigern konnte.

Fußball, Volleyball, persischer Sport-Tanz, Tischtennis und Schwimmen zählen zu den beliebten Sportarten, die unter dem Dach des L&LL unter der Aufsicht und der Betreuung professioneller Übungsleiter/-innen angeboten und angenommen werden.

L&LL-Vorstände bedanken sich ganz herzlich bei der Übungsleiterin Nushin Bahar, und den Übungsleitern Ali Frouzani, Parviz Kazemi, Morteza Hosseini, Amir Dabaghmanesh und beim

Betreuungs- und Organisationsteam Dr. Farzaneh Daneshmand, Rita Ghassab, Hamidreza Rezazadeh, Dr. Mehran Khazami, Bahram Nassehi, Ashkan Nasirkhani und dem gesamten Vorstand des Bustan Club für ihren Einsatz und dem Engagement für den Betrieb des Sport Clubs, sowie unserem L&LL-Vorstand Dr. Sasan Harun-Mahdavi, Leiter der L&LL-Sportabteilung.

Alle Mitglieder und Club-Freunde, groß und klein, jung und jung gebliebene, sind herzlich willkommen die verschiedenen Angebote wahrzunehmen. Am besten einfach vorbei kommen und die Angebote selbst prüfen und mitmachen.

Mehr dazu auf der Homepage des Bustan Club unter www.bustanclub.de



„Im Fußball baut man dir schnell ein Denkmal, aber genauso schnell pinkelt man es an.“

Hans Meyer

SPONSORING **„Herzstück des Freizeitsportbetriebes“**



Der Bustan Sport Club ist wie jeder Sportclub auf Unterstützung angewiesen. In der Vergangenheit hat der Bustan Club als ein Kultur-, Wirtschafts- und Akademiker-Club nicht so große Ausgaben gehabt, wie aktuell durch den Betrieb des Sportclubs. Die Kosten für die angemietete Sportanlage, sowie die monatlichen Übungsleiter-beiträge, die im Einzelnen für relativ kleine Beträge unsere Sportfreunde trainieren, bedeuten in der Summe eine große finanzielle Kraftaufwendung. Da wir Corona-Bedingt uns trotz des großen Anfangserfolgs immer noch im Aufbau befinden, sind wir dringend auf Sponsorenbeträge angewiesen. Daher freut es uns sehr, daß es uns gelungen ist für die Beschaffung der Trikots für unsere Volleyballer und Fußballer Sponsoren zu gewinnen.

Wir bedanken uns hiermit bei dem bekannten Telekommunikationsunternehmen 



Weiteres Angebot des M-Net-Teams an unsere Mitglieder:

Als regionaler Anbieter unterstützen wir nicht nur Fußball- und Handballvereine mit einer neuen Ausrüstung, sondern möchten in der aktuellen Lage auch die digitale Vernetzung fördern. Deshalb möchten wir als Partner Ihrem Verein ein besonderes Angebot ermöglichen:

Jedes Vereinsmitglied des Bustan Sportclub kann sich jetzt mit nur wenigen Klicks einen **Rabatt** von bis zu **120€** für Highspeed-Internet sichern!

Hier geht's zum persönlichen **Gutschein-Code** und allen weiteren Infos: <https://bit.ly/3pWPw5S>

„Das Rückgrat ist bei manchen Politikern unterentwickelt - vielleicht weil es sowenig benutzt wird.“

Margaret Thatcher

SPONSORING - „Herzstück des Freizeitsportbetriebes“**Hamidreza Rezazadeh aus München**

Hamidreza Rezazadeh liebt und lebt Pizza. Der 62-Jährige gehört seit 1994 zu den dienstältesten Franchise-Nehmern bei Call a Pizza an mehreren Standorten in München und Weilheim.

Es gibt kaum einen iranischen Sportler in München, der ihn nicht kennt.

Herr Rezazadeh und sein Netzwerk aus renomierten Sportlern in München waren der Grund für den Verein Leben und Leben Lassen e.V., dessen Vorstände das Thema Sport schon länger auf dem Tisch liegen hatten, das Projekt Sportclub gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Nun ist Herr Rezazadeh nicht nur ein Motor des Projekts sondern auch einer derjenigen, die unseren Sport Club immer wieder mit neuen Bällen und sonstigen Ausrüstungen, die gerade unsere Fußballmannschaft benötigt ausstattet. Immer selbstlos und ohne Erwartungen. Daher finden wir es für besonders angebracht Herrn Rezazadeh hier ganz besonders als Sponsor und Antrieb des Projekts zu erwähnen und uns im Namen des Sport Clubs und der Mitglieder bei ihm zu bedanken.

**VIELEN DANK****Keywan Ilanlou aus München**

Geboren und aufgewachsen in Teheran kommt Keywan Ilanlou recht früh mit der Kunst des traditionellen Teppichs in Iran in Berührung. Mit 21 ist er nach Deutschland gekommen um hier zu studieren. Im Jahr 2005 hat er sich selbständig gemacht und in der Zwischenzeit ein Dienstleistungsunternehmen mit 5 Filialen bundesweit rund um Teppiche aufgebaut, in dem er über 40 Angestellte beschäftigt. Sein Unternehmen hat auch ein Stammhaus im Iran. In der Zentrale in der persischen Provinz Azarbaijan sind allein 60 Teppichknüpfer mit der Fertigung eigener Kreationen beschäftigt. Seine Leidenschaft und Vorbildfunktion bringt er auch im Bustan Club ein. Als Sportler durch und durch, unterstützen er und seine Familie den Sport Club nicht nur durch ihre Mitwirkung sondern auch durch ihre Spenden.

Wir bedanken uns im Namen des Sport Clubs und der Mitglieder bei Herrn Ilanlou und seiner Familie für die freundschaftliche Partnerschaft.

VIELEN DANK**Keywan Carpets**

Die traditionell gefertigten Teppiche bestechen durch zeitlose Eleganz und modernes Design.

www.keywan-carpets.com

www.ki-teppichservice.de

**„Tue Gutes und lasse andere darüber reden.“***Unbekannt*

S. Harun-Mahdavi
München

„Fantasie statt Fakten“

Die Basis der Politik der Grün-Roten-Stadtregierung in München

In der jüngsten Vergangenheit sind wir als Münchner Bürger Zeugen einer neuen und aus meiner Sicht unerwartet aggressiven politischen Aktivität sowohl auf der linken wie rechten Seite.

München durchlebt seither unterschiedliche Facetten des öffentlichen Lebens. Die Sozialen Medien tragen auch ihren Teil zur Eskalation bei.

In den diversen Diskussionen werden Kritiken an der grün-roten Politik stets polemisch und pauschal nach einem durchschaubaren Muster abgewertet und abgewehrt. Als Gegenreaktion wird man immer nach Fakten für die Kritik gefragt.

Aus diesem Grund beschäftigt sich dieser Artikel mit Fakten, die bei oft spalterischen Diskussionen, als belegbare Argumente verwendet werden können.

Vielen ist seit der letzten Wahl der Stadtregierung offensichtlich nicht mehr in Erinnerung geblieben, daß zwar vor dieser Grün-Roten Koalition eine Rot-Schwarze Kooperation zwischen 2014 und 2021 die Stadt regierte, aber bereits davor München 25 Jahre lang von einer Rot-Grünen-Regierung geführt und geleitet wurde.

In den sozialen Medien wird die neue Grün-Rote-Regierung als Heilsbringer dargestellt. Vielmehr muß man sagen, daß die ROTEN in der Öffentlichkeit nur noch in der Person von OB Dieter Reiter und nicht in Form einer parteilichen Fraktion wahrgenommen werden. Also, es wird das Bild der Stadtregierung in Form der Grünen und der OB Dieter Reiter dargestellt und auch in der Bevölkerung mittlerweile auch wahrgenommen.

In den Medien – besonders den „sozialen Medien“ – ist die Rede, daß die Grünen dafür Sorge tragen, daß unsere Stadt schöner wird. Die gesamte Verkehrspolitik der neuen Regierung wird als Lösung des Klimaproblems und als Lösung für ein besseres und schöneres Leben in München angepriesen. In den

sozialen Medien gehen die Grünen und ihre Fans soweit zu behaupten „jetzt wird die Stadt wieder lebenswert“.

25 Jahre Rot-Grün schon vergessen?

Wenn man aber vor Augen führt, daß die Rot-Grünen schon vor 2014 für die Dauer von 25 Jahren ununterbrochen die Stadtgeschäfte geführt haben und München – entgegen meiner persönlichen Wahrnehmung – trotzdem nicht lebenswert war oder ist, welche Hoffnung können wir nun haben, daß die neue grün-rote Regierung dies wirklich besser macht?! Was hat die Rot-Grünen zuvor abgehalten, die die Grün-Roten heute doch anders machen würden?

Wir zählen aktuell Monat vier nach der Macht-ergreifung der neuen Stadtregierung – so fühlt sich deren ideologische Politikgestaltung aktuell im Stadtrat an.

Wenn ich mir am Beispiel der Verkehrspolitik die Zukunft unserer Stadt unter Grün-Rot vorstellen soll, dann wird es mir richtig Angst und Bange.

Pop-Up Radlwege

Die Grünen geben im Rahmen ihrer Verkehrsplanung, die mit einer Demo von gerade mal 100 Ein-hundert Rad-Aktivisten (siehe SZ vom 17.03.21) zur Leitpolitik der Stadtregierung auserkoren wurde, ein Millionenbudget für 4 dauerhaft angelegte Pop-Up-Radwege aus, deren Sinnhaftigkeit und planerische Regie immer noch angezweifelt wird. Es wird mittelfristig sicherlich nicht bei den geplanten 600.000,- € (also 150.000,-€ je Radweg!!!) bleiben. Die Spuren müssen immer wieder nachgezogen werden und die aus der Sicht der Verkehrsplaner in München nach wie vor unausgereifte Sicherheitsplanung wird sicherlich noch viele Änderungen nachfordern, die auch kostspielig sein werden. Abgesehen davon, daß wir aktuell das Geld für weit wichtigere Aufgaben der Stadt bitter nötig hätten und die Radfahrer in München ohne hin eines der besten städtischen Verkehrsnetze in Deutschland haben, muß man sich das Projekt auch planerisch vor Augen führen.

Wer die Probleme bisher nicht durchschauen konnte, soll sich bitte beispielsweise die Radspur von der Rosen-

Fortsetzung auf Seite 19

„In der Politik ist es manchmal wie in der Grammatik: Ein Fehler, den alle begehen, wird schließlich als Regel anerkannt.“

André Malraus

„Fantasie statt Fakten....“
Fortsetzung von Seite 18

heimer Straße bis zum Isartor anschauen. Die Gefahr für die Verkehrsteilnehmer lauert allein auf dieser Strecke fast an jeder Ecke. Umbaubedingt ändern sich die Fahrspuren beinahe täglich, so daß die Verkehrsteilnehmer sich täglich auf

neue Umstände einstellen müssen. Die Fußgänger auf der Ersatzbrücke, die für eine Fahrradspur und Fußgänger gleichzeitig zu schmal ist, stehen in Gefahr von den Radl-Rambos im Berufsverkehr



niedergefahren zu werden. Auf der Brücke ist nicht ersichtlich wo sich die Fahrradfahrer und wo die Autofahrer fahren sollen. Und nach der Brücke wird es erst recht verwirrend. An der

Ampel sehen wir oft Autofahrer die aufgrund der verwirrenden Spurführung fälschlicherweise auf dem Radweg nach rechts in die Steinsdorfstraße abbiegen und dann plötzlich zwischen den Bäumen wieder auf die Autospur zurückfinden. Eine Ecke, an der Gott sei Dank noch kein Fahrradfahrer oder Fußgänger totgefahren wurde. Dann geht noch der Radweg in Richtung Isartor mit der unsäglichen Fahrrad-Ampel am Zebrastreifen vor



der S-Bahnhaltestelle weiter, die kaum ein Radfahrer wahrnimmt. Diese Radspur an der aktuellen Baustelle ist wieder eine Gefahr für Fußgänger und Radfahrer. Sowohl auf der Brücke als auch auf diesem Stück sollten Radfahrer einfach absteigen, aber jeden Morgen bin ich Zeuge



dessen, daß diese Radfahrer nicht einmal daran denken!

Die zu oft herunter gespielten Sicherheitsprobleme, die hier an einem Beispiel vorgeführt wurden, sieht man beispielsweise faktisch daran, daß „laut Polizei die Radunfälle bis Ende April 2020 im Vergleich zu 2019 um 15,5 Prozent zunahmen – obwohl die Zahl der Verkehrsunfälle insgesamt um 21,7 Prozent zurückgingen.“

Ein Verkehrsversuch zeigte auf, daß das Radverkehrsaufkommen aufgrund der Corona Pandemie erheblich zugenommen hatte: Allein im April 2020 verzeichneten die sechs Münchner Dauerzählstellen 20 Prozent mehr Radfahrende als im Vorjahr (<https://www.muenchen.de/rathaus/Serviceangebot/e/verkehr/verkehrsplanung/verkehrsprojekte/pop-up-radwege.html>).

Wie man sieht gibt es einen direktproportionalen Anstieg der Fahrradunfälle, die aber indirekt proportional zu den Gesamtunfallzahlen verläuft. Das so viel bedeutet, daß die Zahl der Radunfälle allein auf die Zunahme des Radverkehrs zurückzuführen ist und nicht auf Veränderungen im Gesamtverkehr. Damit sollte man sich überlegen wie man die Radfahrer besser vor sich selbst schützt und vor allem dafür sorgt, daß die Wege für die zunehmende Zahl der Radfahrer noch sicherer werden.

Dies schafft man auf jeden Fall nicht damit, daß man die Radspuren, die früher bewußt auf dem Niveau des Gehweges angehoben waren, nun auf dieselbe Ebene setzt wie die Lastwagen und Busse. Kinder haben eine ganz besondere Angst, wenn ein Lastwagen mit Räder, die so hoch sind wie das Kind auf dem Fahrrad, direkt neben Ihnen steht oder fährt. Ich persönlich hatte schon mit politisch aktiven Grünen darüber gesprochen, daß man für mehr Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer, bewußt eine Trennung zwischen Rad- und Autoverkehr in Erwägung ziehen sollte.

Mein Beispiel war, daß man die Rosenheimer Straße, die eine direkte Zubringerverbindung von der Autobahn im Osten in die Stadt hinein darstellt, für einen besseren Verkehrsfluß als Autostraße beläßt und dafür die Einsteinstraße, die ab der Richard-Strauß-Straße schon in großen Teilen einspurig ist, so gestaltet, daß

Fortsetzung auf Seite 20

"Ein Politiker teilt die Menschen in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde."

Friedrich Nietzsche

„Fantasie statt Fakten...“
Fortsetzung von Seite 19

die Radfahrer von Osten über diese Straße am Klinikum-Komplex Rechts der Isar, am Landtag vorbei, über Maximilian-Brücke in Richtung Maximilianstraße in die Stadt gelangt. Und zwar mit weniger Umbauaufwand und mit mehr Sicherheit für alle. Das wäre abgesehen für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer auch für die Geschäfte auf der Rosenheimer Straße und für das KRI und für die Anwohner in der Einsteinstraße viel besser. Aber, offensichtlich war diese Idee nicht ideologiekonform.

Kostenloses 365-Tage-Ticket für MVG

Um das Bild von der neuen Stadtregierung zu komplettieren darf ich noch folgendes aus der SZ vom 9. Juni 2021 zitieren:

„Dass mit günstigen Fahrpreisen mehr Menschen für den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen sind, da ist sich der Münchner Stadtrat fraktionsübergreifend einig. Ein 365-Euro-Ticket, das für alle Münchnerinnen und Münchner gelten soll, könnte ein Ansatz sein. Doch die grün-rote Stadtratsmehrheit lehnte das Ticket am Mittwoch (9.6.2021) in der Vollversammlung ab. Letztendlich scheiterte es an der Frage der Finanzierung.“

Bei zunehmendem Zuzug zu unserer beliebten Stadt und damit der unweigerlichen Zunahme des Verkehrsaufkommens durch

- noch mehr Pendler
 - noch mehr Fahrten in die Arbeit
 - noch mehr Schulverkehr
 - mehr Einkauf- und Besorgungsfahrten
 - mehr Konsum und damit mehr Lieferverkehr
- und anderes mehr, wäre die erste Prämisse die Menschen dazu zu motivieren öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, um einen weiteren Verkehrskollaps und damit auch eine steigende Unzufriedenheit und „subjektives Unwohlsein“, das ein Kernfaktor für Streß darstellt, in der Bevölkerung vorzubeugen. Aber, wie man sieht hat sich die Grün-Rote-Politik ideologisch genau entgegen ausgerichtet. Die Grünen verkaufen auf ihren Sonnenblumenplakaten zwar die heile Welt als ihr Wahlprogramm, aber faktisch arbeiten sie genau dagegen.



Tunnel-Projekt Landshuter Allee

Den Höhepunkt der heuchlerischen Verkehrspolitik der Grün-Roten Stadtregierung erleben wir aktuell in der Dauerdiskussion um das Tunnel-Projekt Landshuter Allee.

Die Grün-Rote Stadtregierung verweigert die Zustimmung für **die Planung** eines Tunnelbaus in der Landshuter Allee. Ein Projekt das die gesamten Anwohner, die Nutzer der Fernverbindungen, den Lastenverkehr und vor allem die Umwelt am stärksten und nachhaltig entlasten würde.

Bereits 2017 haben die Grünen den Beschluß für einen Tunnel abgelehnt. Wohlgermerkt die Grünen und nicht die CSU. In einem Video vom März 2017 auf dem TV Sender München-tv (<https://www.youtube.com/watch?v=BHMOzjtdKW>) zeigt sich der Grünen Stadtrat Herbert Danner felsenfest überzeugt von der utopischen Vorstellung, daß bis 2030 der Verkehr in München komplett anders gestaltet und dann nur noch 20% aller Fahrten mit dem Auto erledigt werden würden. Den Beweis für diese Behauptung ist Herr Danner noch schuldig. Auf dieser unprofessionellen und in keiner Weise wissenschaftlich belegte Basis geführte Verkehrsplanungen sind auch heute die Basis für die Verkehrspolitische Planung der Grün-Roten Stadtregierung.

Erst in diesem Jahr, also 2021 haben einige Autobauer beschlossen bis zwischen 2035 und 2040 ihre Flotten auf Antriebe ohne einen herkömmlichen Verbrennungsmotor umzustellen. Weder die Automobilindustrie noch die Verkehrsplaner aller Couleur sind heute in der Lage eine breitflächige Technik und die nötige Infrastruktur bereitzustellen, die auch in Zukunft die „Neue Mobilität“ von der die Grünen träumen in unserer Gesellschaft sicherstellt. Woher wollen die Grünen wissen, daß der Verkehr im Jahr 2030, also in etwas mehr als 8 Jahren nur noch zu 20% mit Autos erfolgt? Auf welche Gutachten basiert diese Behauptung? Die Vorstellungen der Grünen gleichen oft einer Fantasie und sind Realitätsfern. Doch mit Populismus haben die Grünen es ja schon 1983 in den Bundestag geschafft. Und ein Turnschuh tragender Joschka Fischer

Fortsetzung auf Seite 21

"Wahrhaftigkeit und Politik wohnen selten unter einem Dach."

Stefan Zweig

„Fantasie statt Fakten....“
Fortsetzung von Seite 20

avancierte im Jahr 1998 unter dem damaligen Bundeskanzler und heutigem Gazprom-Lobbyist Gerhard Schröder (SPD) zum Armani-Anzug tragenden Außenminister.



Bildquelle: Wikipedia

Zurück zur Realität in München:

Diverse seriöse Gutachten zeigen jedoch, daß in München der Verkehr bis 2030 durch Bevölkerungszuwachs von 1,5 Mio noch drastisch auf etwa 1,85-2 Mio Bewohner (mit dem Umland sogar auf 3,24 Millionen) zunehmen wird.

Dazu weise ich auf die Studie der Inzell Initiative das bei einem Stadtratshearing in München mit dem Titel Modellstadt München vorgestellt wurde. Die vollständige Datei findet man unter https://www.inzellinitiative.de/documents/Stadtratshearing_Mobilitaet_Inzell-Initiative.pdf.

DIE INZELL-INITIATIVE.
GEMEINSAM VERKEHRSPROBLEME LÖSEN &
MOBILITÄT GESTALTEN.

In der Inzell Initiative, einer Kooperation der Landeshauptstadt München und der BMW Group, arbeiten Akteure aus Verwaltung, Industrie und Wissenschaft seit 1991 gemeinsam an der Umsetzung zukunftsgerichteter Lösungen für nachhaltige Mobilität in München.

Teilbereiche sind z.B.:



Hierzu weitere Zitate und Gutachten:

- SZ München vom 7.12.2018
<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/verkehrsueberlastung-muenchen-1.4243906>
- Eine Prognose des Planungsreferats sagt, dass auf Münchner Straßen bis 2030 den ganzen Tag Rushhour ist.
- Ein Gutachterbüro geht davon aus, dass der bisher geplante Ausbau des MVV bestenfalls ausreicht, um den Status quo zu halten.
- Eine kurzfristige Lösung bedeutet, weniger aufs Auto und mehr auf MVV sowie Rad- und Fußverkehr zu setzen.
- Vor allem Busse seien das Mittel der Wahl, weil der Ausbau der Schiene so lange dauere, sagt Oberbürgermeister Reiter.
- Verkehrsgutachten Interplan Consult GmbH im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vom August 2010
https://www.stmb.bayern.de/assets/stmi/vum/handlungsfelder/iie_verkehrsprognose_2025.pdf

„Im gesamten Personenverkehr (einschließlich der nichtmotorisierten Fahrten) wächst das Verkehrsaufkommen zwischen 2007 und 2025 in Bayern von 15,4 Mrd. auf 16,7 Mrd. Fahrten oder um 8,5 % (vgl. Tab. 0-2). Der motorisierte Verkehr nimmt dabei um 12,2 % zu. Die Verkehrsleistung, die wichtigste Kenngröße zur Bestimmung der Verkehrsentwicklung, erhöht sich aufgrund des überproportional wachsenden Fernverkehrs und steigender Fahrtweiten deutlich stärker, nämlich insgesamt von 240 Mrd. Pkm in 2007 auf 292 Mrd. Pkm oder um 21,8 %. Bei Betrachtung allein des motorisierten Verkehrs liegt der Zuwachs bei 22,5 %, was jeweils einem durchschnittlich jährlichen Wachstum von 1,1 % per annum im Prognosezeitraum entspricht. Das Verkehrswachstum in Bayern liegt mit 1,1 % p.a. über dem von Deutschland insgesamt (0,9 % p.a.).“

Selbst angenommen, daß bis 2030 alle Fahrzeuge auf Antriebe ohne Verbrennungsmotoren umgestellt werden würden, bleiben **Stau**, **Feinstaub** und **Lärm** ein Problem.

Feinstaub in Zusammenhang mit Straßenverkehr wird neben Emission gebildet durch Abrieb von Reifengummi, Strassenbelag vermischt mit Staub und Bremsbeläge und **Lärm** durch Roll- und Fahrtwindgeräusche, Bremsen, Hupen usw. die von den Fahrzeugen unterschiedlicher Größen verursacht werden.

Wenn man die diversen Feinstaubstudien vergleicht, stellt man fest, daß der Anteil des Verkehrs an der Feinstaubentwicklung bei etwa 20% liegt. Die Emission macht etwa 45% des durch den Verkehr bedingten Feinstaubes. Also weniger als 10% des gesamten Feinstaubes. Und wenn die Verbrenner, also Autos mit Diesel oder Benzinmotoren mit Partikelfilter ausgestattet werden, kann der durch Emissionen entwickelte Feinstaub sehr stark reduziert werden, so daß der Anteil auf unter 1% fällt. Etwa 46% des Feinstaubes wird übrigens im Industrieprozess entwickelt und, etwa 56% des Feinstaubes entsteht im Bereich der NICHT-Verbrenner.

Damit sollte jedem klar werden, daß diese Technikenachteile voraussichtlich auch mit der „Neuen Mobilität“ nach wie

Fortsetzung auf Seite 22

"Macht brauchst du nur, wenn du was Böses vorhast. Für alles andere reicht Liebe um es zu erledigen."

Charlie Chaplin

„Fantasie statt Fakten....“
Fortsetzung von Seite 21

vor erhalten bleiben, außer die Grünen wissen heute schon, daß die Fahrzeuge im Jahr 2030 alle geräuschlos und ohne Bodenberührung und mit elektromagnetischen Bremsen sich fortbewegen können und weder stinken, noch Feinstaub produzieren, noch Straßenstaub aufwirbeln und keine Geräusche entwickeln?!

Quelle: Wikipedia



Nun Spaß beiseite, ich darf hier noch Alexander Reissl, den Münchner Stadtrat und baupolitischen Sprecher zitieren:

„Die Beschlussvorlage ist eine schallende Ohrfeige für die grün-rote Koalition. Die von SPD und Grünen vorgeschlagenen Maßnahmen sind völlig ungeeignet, um die Lärmprobleme an der Landshuter Allee zu lösen. Grün-Rot hätte diese Vorschläge prüfen lassen müssen, bevor man die Planungen für den Tunnel einstellt. Die Konsequenzen müssen jetzt die Anwohner tragen: Es bleibt völlig unklar, wann und wie sich die Situation für die Menschen vor Ort verbessern wird. Die beste Lösung wäre es, die Planungen für den Tunnel wieder aufzunehmen.“

Was tun?

Da Industrieprozesse in erster Linie für die CO₂-Entwicklung, Feinstaub und den Folgen wie die Erderwärmung etc. verantwortlich sind, muß man den Hebel dort ansetzen. Denn, wie die Grünen immer gerne betonen und alle es auch wissen, haben wir nur einen Erdplaneten, den es für die Folgegenerationen zu schützen gilt.

Wir als „noch“ technologisch mitführende Nation müssen unser Know-How dafür anwenden, die schädlichen Emissionen aller Art einzudämmen. Da wir aber in unserem Land im globalen Vergleich nur

einen geringen Prozentsatz verursachen, müssen wir unsere Wirtschaftsmacht in die globale Waagschale legen und durch Forderung nach ökologischer Produktions- und Lieferketten dafür Sorge tragen, daß aufstrebende Industrieländer und aufgestiegene Großmächte durch gesetzliche Vorgaben und Einhaltung unserer strengen Normen sich dem Schutz der Umwelt verschreiben / unterordnen.

Das bedeutet, wir dürfen per Gesetz nicht mehr zulassen, daß Produkte, die gegen unsere internen Auflagen verstoßen aus dem Ausland importiert und auf unseren Märkten angeboten werden können.

Wenn wir das schaffen, haben wir die besten Voraussetzungen Länder wie China, Indien, USA usw., die hauptverantwortlich für den globalen CO₂-Ausstoß sind, kurzfristig und nachhaltig zur Reduktion der Emissionen auf ein Minimum zu bewegen.

Und weil diese Gesetze für unser Binnenmarkt wie für den Importmarkt gelten werden, wird auch das Prinzip der Gleichbehandlung eingehalten. Damit kann uns kein Vorsatz des Protektionismus angekreidet werden.

Aber, ich kann mich nicht erinnern, daß die Grünen dieses Thema jemals so global und vor allem durch Nennung von Ländernamen direkt angesprochen hätten.

Fazit:

- A. Populismus und Fantasie sind keine Grundlage für Stadtplanung
- B. es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen Fantasien und Visionen
- C. schneller und nachhaltiger Umweltschutz funktioniert nur durch eine global orientierte Umweltpolitik und nicht durch Insel-Mentalität
- D. unsere Technologie- und Wirtschaftsmacht ist der Hebel für eine globale Umweltpolitik
- E. „Die Grünen“ haben in den letzten 40 Jahren nachweisbar eine komplett andere Politik geführt als sie propagiert haben
- F. die Politik der Grün-Roten Stadtregierung gleicht der politischen Historie der Bundesgrünen

**Wer Grün wählt, wird später erkennen,
daß er/sie sich zum Opfer
des Populismus gemacht hat!**

„Menschlichkeit und humanitäres Verhalten brauchen keine Religion.“

Unbekannt

„Verbietet die sozialen...“
Fortsetzung von Seite 1

sozialen Medien des
begonnenen 21. Jahr-
hunderts erinnern mich an

die privaten Fernsehsender der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts. Was war das für eine schöne Welt, als es nur die öffentlich-rechtlichen Provider laufender Bilder gab. Der Kulturauftrag der Erfinder des Fernsehens kam seinerzeit noch beim Kunden an. Es gab eine überschaubare Zahl an Stationen, die ihre Klientel bedienten, die große, weite Welt ins Wohnzimmer brachten, leidlich aktuell berichteten. Aber auch gefühlt ganze Tage mit Tennis blockierten. Macht nichts, aus heutiger Sicht ist das wieder verzeihlich.

Dann kamen Leute wie Leo Kirch. Sie überredeten Leute wie Helmut Kohl, die Deutschen mit seichten Schmonzetten zu übergießen. Plötzlich wurde im Fernsehen „unterm Dirndl gejodelt“, lief der „Schulmädchenreport“ Teil 1 bis 99, gehörte die Nacht viertklassigen amerikanischen Serien, der Tag der primitiven Pseudo-Erkläre. Auch wenn die Beweisführung jetzt schwierig wird, nicht wenige Folgen von „Stern TV“ und „FOCUS TV“ passten lückenlos in dieses Schema. Die privaten Fernsehsender bescherten der Branche einen kulturellen Niedergang.

Noch versuchten sie, einfach nur unterhaltsam zu sein, und das sogar bei ihren Nachrichtensendungen. Es fiel ihnen noch nicht ein, bewusst die Fakten zu verdrehen, Lügen zu verbreiten, um ganze Bevölkerungsgruppen aufeinander zu hetzen, die Politik zu beeinflussen, demokratische Regierungen in die Defensive zu drängen, und letztlich sogar Wahlen zu manipulieren. Das überließen sie später dem russischen Radio und Fernsehen in Deutschland, aber das ist ein ganz anderes Thema, für das wir viel Platz bräuchten.

In dieses allgemeine Durcheinander drängten sich in den 90er Jahren die Handys, deren Suchtfaktor letzten Endes das Fernsehen übertraf. Heute ist das eine eigene Form der Abhängigkeit, die noch zu diversen medizinischen Disziplinen führen wird. Je nach Schwere des Leidens, und nach der Dauer der Sucht.

Ein neues Jahrzehnt, ein neues Tollhaus. Wir nähern uns den zu Beginn aufgezählten, angeblich „sozialen Medien“. Wenn man sie konsequent als

„unsoziale Medien“ bezeichnen würde, käme man der Wahrheit sehr nahe. Jedenfalls der bisher mehrheitsfähigen Wahrheit.

Am vorläufigen Ende des Niedergangs steht der Name Donald Trump. Es würde reichen, ihn Nummer 45 zu nennen, weil er so gar nichts von einem amerikanischen Präsidenten an sich hatte. Als Politclown hat er das Amt vier Jahre lang der Lächerlichkeit preisgegeben, die Demokratie massiv beschädigt, die Weltmachtfunktion der USA auf ein Minimum reduziert, Recht und Gesetz in den Dreck gezogen. Und das alles, indem er regelmäßig am frühen Morgen mit seinem Handy getwittert hat. Einfacher klappte es noch nie, die Primitivlinge zu unterhalten, und die geistig Höherstehenden in die schiere Verzweiflung zu treiben.

Die „New York Times“ und die „Washington Post“, Amerikas Qualitäts-Blätter mit konsequentem Anti-Trump-Kurs, zählten nach. Die Faktenchecker addierten bei Nummer 45 exakt 22 000 reine Lügen und irreführende Behauptungen. Meistens wiederholte er sie am laufenden Band, obwohl das den Unwahrheitsgehalt nicht veränderte.

Beispiele: Mehr als 400 Mal behauptete Nummer 45, er habe die erfolgreichste Wirtschaft der Geschichte geschaffen. 260 Mal kündigte er an, die Mauer zu Mexiko sei bald fertig. Viel ernster ist seine Rolle als Sprachrohr des hochkriminellen Verschwörer-Netzwerks QAnon einzuordnen. Fast 300 Mal twitterte er Inhalte, Codes und Symbole von QAnon. Zur Erinnerung: Aus dieser Ecke kamen „Stories“ wie jene, dass Hillary Clinton und ihre Parteifreunde im Keller einer Washingtoner Pizzeria das Blut von Kindern trinken würden. Kaum zu zählen sind die falschen Statements von Nummer 45 zu Corona und zum angeblichen Wahlbetrug, dem er (immer noch) zum Opfer gefallen sein will.

Ließen sich diese systematischen Falschmeldungen auf ihn begrenzen, dann wäre das vielleicht nicht so schlimm, wüsste man doch, wo das Epizentrum liegt, und das man aus dieser Richtung einfach nichts mehr glauben sollte. Nummer 45 hat jedoch eine Massenbewegung losgetreten. Es wurde zum Volkssport, zum Normalfall, die Allgemeinheit zu belügen. Und in der

Konsequenz, die Demokratie

Fortsetzung auf Seite 24

„Hinter der Trommel her trotten die Kälber. Das Fell für die Trommel, liefern sie selber.“

Bertolt Brecht

„Verbietet die sozialen....“
Fortsetzung von Seite 23

aushebeln zu wollen. Wie oft musste man bei uns in den sogenannten „sozialen Medien“ lesen, wie sehr der Staat die „Ausländer“, also die Geflüchteten, toleriert. Typische Überschriften: „Bayerisches Sozialamt verteilt Bordellgutscheine für Geflüchtete“ oder „Zahl der Vergewaltigungen in Bayern um 50 Prozent gestiegen“. Schuld daran sind natürlich „die Ausländer“.

Solche Kampagnen treffen heute zumeist auf junge Leute zwischen 12 und 19. Sie haben sich längst vom traditionellen Medienkonsum verabschiedet, sehen in der Regel nur noch Youtube und verkehren über ihre Handys. Nach der JIM-Jugend-Medien-Studie nehmen noch maximal zehn Prozent der Jugendlichen Sachinformationen zur Kenntnis, lesen lediglich fünf Prozent von ihnen eine Tageszeitung. 76 Prozent der 14- bis 24-jährigen werden mindestens wöchentlich mit Fake News konfrontiert. Jeder Fünfte geht täglich damit um. Sehr viele glauben es unbesehen, mangels eigenem Allgemeinwissen und bar jeder Lebenserfahrung.

In einem aktuellen Artikel der „ZEIT“ wurde diese Szene ausführlich beschrieben. Der Autor befasste sich mit einem der unzähligen Anti-Corona-Maßnahmen-Kanäle. Dieser heißt #Wirmachenauf.

Zitat: „Zu sehen ein junger Mann, der recht unflätig ‚Deutschland‘ beschimpft: ‚Deutschland Du sitzt zu Hause mit dem fetten Arsch auf der Couch und guckst zu, wie deine Wirtschaft zerstört wird, wie die Psyche deiner Kinder hingerichtet wird, wie der Lebensabend deiner Eltern und der Alten in diesem Land, die Deutschland aufgebaut haben, zerstört wird‘, sagt der junge Mann in die Kamera, später redet er vom ‚Massengenozid‘ durch die Impfung, er weiß von vielen Studien, denen zufolge ein Lockdown nicht hilft, ‚du bist so saublöd, Deutschland‘. Die ZEIT schreibt, ihre Visite auf der typischen Internet-Seite war der 34600te Aufruf. Seiten, wie diese, gibt es mittlerweile wie Sand am Meer.

Mit Hilfe des Internets wird der Pöbel losgelassen – auf das Capitol, auf den Reichstag, gegen Flüchtlingsheime, möglicherweise auch irgendwann gegen Impfzentren. Wir stehen am Beginn des vielleicht wichtigsten Wahljahres der Nachkriegszeit.

Bereits jetzt bangen deutsche Sicherheitsbehörden, dass die sogenannten „sozialen Medien“ missbraucht werden könnten, um die Abstimmungen – vor allem die wegweisende Bundestagswahl im September – zu stören und zu beeinflussen.

Gerade in dieser angespannten Lage sollte es möglich sein, die sogenannten „sozialen Medien“ an die Kandare zu nehmen. Es darf kein Tabu sein, das Internet stärker zu regulieren, manche Hetzseiten ganz einfach zu verbieten. Das Argument von der Informations- und Pressefreiheit greift nicht als Schutzschild für Anarchie und Zerstörung. Gerade traditionelle Medien haben sich in der Regel als sehr verantwortungsbewusst erwiesen. Sie haben es nicht nötig, sich hinter erfundenen Namen oder sogar totaler Anonymität zu verstecken. Dort tummelt sich nur der digitale Mob.

P.S. 1: Die sogenannten „sozialen Medien“ haben sogar einen terroristischen Aspekt, den der Normalbürger völlig übersieht. Von den rechten ultranationalistischen Milizen der USA und QAnon, damit nähern wir uns wieder der Welt von Nummer 45, bis zu den Islamisten von Al Qaida oder IS, verkehren die Intensiv-Täter über Internet-Seiten. Die Neonazis lieben den Dienst „Telegram“, ihre Chats betreiben sie aber auch auf „Matrix“ und in den verschlüsselten Plattformen „Tox“ und „Retrosahre“.

Seit Jahren rufen die muslimischen Fanatiker in ihren Facebook-Gruppen zu Gewalt und Hass auf. Weltweite ISIS-Aktivitäten finden in diesen elektronischen Nischen statt. Da werden neue Kämpfer angeworben, wird Propaganda verbreitet, wird gehackt und Spam verbreitet. Zeitweise wurden sogar Hinrichtungen zelebriert. Jede Woche treffen sich amerikanische IS-Anhänger zur aktuellen Plauderstunde. Bei dieser Gelegenheit geben sie auch Ratschläge für konspiratives Leben unter dem Radar des FBI.

P.S. 2: Die sozialen Medien haben sogar eine gute Seite. Es gelang ihnen, während des vermeintlichen „Arabischen Frühlings“, im Iran und in China, in Belarus, Myanmar, Thailand und der Türkei, wo immer autoritäre Regime herrschen, unverzichtbare Kommunikationswege zu schaffen. In seltenen Ausnahmefällen stürzten die „Follower“ sogar Despoten. An jedem Tag prangern sie Menschenrechtsverletzungen an und schaden damit den Tätern.

Sie müssen wir unterstützen, die Feinde unserer Demokratie und ihre von Algorithmen gesteuerten Hassmaschinen stoppen, auch elektronisch.

"In der Politik geht es nicht darum, recht zu haben, sondern Recht zu behalten."

Konrad Adenauer

Uwe G. Kranz
Ltd. Ministerialrat a.D.
Oberzell

Mind Control - Vol.1

Der bundesrepublikanische Inlandsgeheimdienst hat erneut unter Beweis gestellt, dass er den Namen Bundesamt für „Verfassungsschutz“ (BfV) nicht verdient, zumal es sich ja ohnehin nicht um eine **Verfassung** handelt, die er schützen soll, sondern „nur“ ein (vorläufiges) **Grundgesetz**. Dieses sollte einst nach dem Willen des Grundgesetzgebers gem. Artikel 146 GG nach der Wiedervereinigung, also „der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands“ abgelöst werden durch eine „Verfassung ...“, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Zumindest galt das so vom 24. Mai 1949 bis zum 29. September 1990. Die unerwartete Geschwindigkeit, mit der die Wiedervereinigung die damaligen politischen Akteure überrannte, verlangte nach einer Nachbesserung dieses Artikels. Nun galt dieses „Grundgesetz ... nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk“, allerdings auch nur bis zum Inkrafttreten einer echten, eigenen Verfassung, die durch das deutsche Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Wenn ich das richtig sehe, wird das wohl erst am St.-Nimmerleinstag sein, es sei denn die pensionierte Musiklehrerin, Bürgerrechtlerin und Gemeinwohl-aktivistin Marianne Grimmenstein setzt sich durch. Ihre Bürgerinitiative GemeinWohlLobby meldete am 24.11.2020 beim Bundespräsidenten eine verfassungsgebende Versammlung an. Ich wünsche ihr jedenfalls viel Erfolg und viel, viel tatkräftige Unterstützung.

Einheit und Freiheit?

Nun kann man zumindest aus Sicht der so genannten „Ossis“ durchaus bezweifeln, dass die **Einheit** Deutschlands vollendet sei.

Da ist zum einen die Differenz bei der **Standard-Rente**, die in den alten Bundesländern bei 1.538,55 Euro brutto, in den neuen Bundesländern hingegen bei 1.495,35 Euro liegt (Stand 01.07.2020), besonders krass ist der Unterschied bei Frauen. Erst ab 2025 soll die Rente in ganz Deutschland einheitlich berechnet werden – wenn sie denn dann überhaupt noch gezahlt werden kann!

Zum andern bestehen weiterhin massive, wenn auch sich inzwischen angenäherte **Einkommens-**

unterschiede. Der durchschnittliche Unterschied liegt aber immer noch bei fast 17 % - im selben Beruf, und mit vergleichbarer Berufserfahrung. Im Westen wird zudem der Hälfte der Arbeitnehmer (AN) ein **Urlaubs- und Weihnachtsgeld** bezahlt, im Osten gilt dies nur für ein Drittel. **Tariflöhne** erhalten im Osten nur 45 %, im Westen dagegen 56 % der AN. Dagegen schrumpft in den **Führungsetagen** die Gehaltslücke: Führungskräfte im Osten verdienen jährlich rund 80.900 Euro, im Westen 92.200 Euro. Eine plausible Rechtfertigung für die jahrzehntelang anhaltende, besondere Ausbeutung der ostdeutschen Bevölkerung gibt es nicht.

Laut aktuellem Paritätischen Armutsbericht 2020 hat die **Armutsquote** in Deutschland mit 15,9 % (rechnerisch 13,2 Millionen Menschen) einen neuen traurigen Rekord und den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Positive Entwicklungen, die zuletzt in den ostdeutschen Bundesländern zu beobachten waren, sind gestoppt; die Armutsquote stieg dort von 17,5 auf 17,9 %.

Die Aufzählung der Einheits-Defizite ließe sich fortsetzen, ist aber nicht Kern dieser Kolumne. Jedenfalls dürften sich diese negativen Trends angesichts der verheerenden Kollateralschäden der schon früh erkennbar unverhältnismäßigen Anti-Corona-Maßnahmen noch einmal spürbar beschleunigen.

Freiheit? Die Bürger der ehemaligen DDR kämpften damals für ihre Freiheit, mehrheitlich auch, so darf man wohl annehmen, für Rechtsstaatlichkeit, für Demokratie und für die freie, soziale Marktwirtschaft. Und sehen sich jetzt, nach den Erfahrungen mit den in den vergangenen 15 Monaten eskalierten Anti-Corona Maßnahmen, einem System ausgeliefert, das fast alle „Beschränkungen“ der DDR zum erneuten Alltagserlebnis macht, zum politischen „*flash back*“: Beschränkungen von Reise-, Bewegungs-, Meinungs-, und Pressefreiheiten, Kontakt-, Besuchs-, Verweil- und Demonstrationsverbote, Platz-, Raum- und Ortsverweise, Ausgangssperren und -verbote, Masken-, Test- und indirekte Impfpflichten, Bespitzelung, Überwachung, Denunziantentum, rechtswidrige Inhaftierungen und exzessive Polizeigewalt, Androhung der Inobhutnahme der Kinder bei unbotmäßigem Verhalten der Eltern ... DDR 2.0? Jetzt fehlen nur noch die Zwangsadoption und Umerziehungslager! Ach ja, wie sagte Merckels Ost-verhetzer(-beauftragter) Marco Wanderwitz (*nomen est omen*)

Fortsetzung auf Seite 26

"Alles, was gegen die Natur ist, hat auf die Dauer keinen Bestand."

Charles Darwin

„Mind Control...“*Fortsetzung von Seite 25*

der Frankfurter Allgemeinen Zeitung so schön: "Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form Diktatur sozialisiert sind, dass sie auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind und "gefestigte nicht-demokratische Ansichten" haben – das gilt dann aber auch für Legislative, Judikative, Exekutive ... und Gubernative (Regierung), oder?"

„Ermächtigungsgesetz“?

Nur so konnte das so genannte „Ermächtigungsgesetz“ verabschiedet werden. Die Neufassung des Infektionsschutzgesetzes ermächtigt die Bundesregierung zum Erlass von Rechtsverordnungen, womit unsere Parlamentarier zu Gunsten der Regierung den Bundestag, sich selbst sozusagen „entmannten“, das föderale System der Bundesrepublik aushebelten und den Ländern / dem Bundesrat jegliche Entscheidungsspielräume hinsichtlich der Corona-Maßnahmen entzogen – was darüber hinaus auch künftig gelten wird, wenn immer es eine andere / weitere „Notlage von nationaler Tragweite“ abzuwehren gilt („**Klima**, ick hör dir trapsen“). Die Justiz wurde gezielt ausgeschaltet, den Bürgern die Möglichkeit genommen, sich verwaltungsgerichtlich zur Wehr zu setzen und unser Rechtssystem wurde bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Ost und West sind also zumindest in Unfreiheit geeint, voraussichtlich sogar bis Ende September, um Merkels Macht bis zum bitteren Schluss zu erhalten.

Wo sind sie, die unabhängigen juristischen Ritter, die Retter der Gerechtigkeit, die Verfassungsrechtler, die juristischen „Edelfedern“, die obergerichtlichen Instanzen? Wo ist die gerecht abwägende und ausgleichende dritte Gewalt? Wo die Gewaltenteilung als Fundament unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung? Wo sind unsere Parlamentarier, wo ist deren Gewissen, dem allein sie zu folgen haben? Abgegeben bei der Aufstellung der Wahllisten? Aber auch: Wo ist das Aufbegehren des Volkes?

Die Gründung einer **verfassungsgebenden Versammlung** steht jedenfalls noch in den Sternen und man muss dieses Projekt nicht nur gespannt verfolgen, sondern unterstützen, wie und wo es auch immer geht.

Das Imperium schlägt zurück

Journalisten und Medien, die nicht „auf Linie“ mit dem polit-medialen „Mainstream“ sind, sich

regierungskritisch oder gar oppositionell äußern, werden seit einigen Monaten gezielt und konzertiert attackiert:

Private Plattformen wie Google, YouTube oder Facebook löschen ihre Veröffentlichungen willkürlich oder mit dubiosen Begründungen (z.B. Seien „medizinische Falschinformationen“ von Prof. Dr. Wodarq verbreitet worden, der als Quelle nicht taugt), sperren die Kanäle, verhängen temporäre Maßregeln oder schließen den ganzen Account;

Staatliche Behörden und Institutionen wie die Landesmedienanstalten überprüfen seit Inkrafttreten des neuen Medienstaatsvertrages vom Herbst 2020 konzertiert, umfänglich und extensiv die redaktionellen Inhalte danach, ob sie sich regierungskritisch zur Corona-Politik äußern (was regelmäßig als „rechts“ oder „Verschwörungstheorie“ eingestuft wird, zugleich aber auch die Frage nach der gebotenen „Staatsferne“, nach der Legitimität der Kontrollmaßnahmen aufwirft) - welch ein Demokratieverständnis;

Banken kündigen ohne Begründung ihre Konten oder verweigern die Einrichtung neuer Konten, weil z.B. die „Integrität eines der leitenden Prinzipien unserer Geschäftstätigkeit“ sei;

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, z.B. wegen staatsgefährdender Hetze, polizeiliche Durchsuchungen und Beschlagnahmen (bei Ärzten wegen angeblich falsch ausgestellter Atteste, selbst bei Richtern wegen „Rechtsbeugung“ bzw. wegen vom „juristischen Mainstream“ abweichender Urteile), eröffnen schließlich endgültig den staatlichen Repressionsapparat. Die Deutsche Journalisten-Union (dju), der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), Ärztevereinigungen oder der Deutsche Richterbund halten sich extrem bedeckt, reagieren nur mit vagen Erklärungen, stellen sich aber nicht hinter ihr Klientel. Ähnliches gilt übrigens auch für andere regierungskritischen Akteure, z.B. für Schauspieler und Künstler (**#allesdichtmachen**) für Ärzte und Wissenschaftler (**MWGFD, Erklärung der 57, #wissenschaftstehtauf, Initiative1-19.de**) für Polizeibeamte (**Polizisten für Aufklärung**), Rechtsanwälte (**Anwälte für Aufklärung**), Studenten (**StudentenStehenAuf**), Unternehmen (**unternehmer-aktiv.de**) und viele andere Arbeitnehmer und Angestellte, die von ihren Arbeitgebern eingeschüchtert, unter Druck gesetzt, abgemahnt, mit Entlassung bedroht oder „nur“ mit einem Maulkorb versehen werden. Wissenschaftlich-methodische, unabhängige Informationen und deren

Fortsetzung auf Seite 27

„Eine Politik ohne Werte ist wertlos; ohne geistige Perspektive verliert sie Realität, Richtung und Sinn.“

Helmut Kohl

„Mind Control...“*Fortsetzung von Seite 26*

Verarbeitung: Fehlanzeige!

Fazit: Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd, besagt ein chinesisches Sprichwort. In der BRD 2021 braucht man eher einen guten Anwalt.**„Grundlegende Desinformationen“**

Die bundesdeutschen Schlapphüte unter dem neuen Besen, Präsident Thomas Haldenwang, dürfen hier natürlich auch nicht fehlen: Die Medienplattform KenFM wird seit Mai 2021 vom Berliner Verfassungsschutz „beobachtet“, weil sie ein „Teil der sogenannten alternativen Medien“ sei, welche „Desinformation und Verschwörungsmymen“ verbreiteten, ja „regelrecht politische Entfremdung schüren und (damit) das Vertrauen (in den Staat) untergraben“ sowie die Szene der Querdenker weiter radikalisiere.

Wie armselig! Solche Sätze erwartet man eher in China, Russland oder Nord-Korea.

Alleine wenn man sich ansieht, wie viele „Verschwörungstheorien“ seit Januar 2020 in kürzester Zeit Realität wurden („Niemand hat die Absicht, ...“)! Wenn man sich die Aussagen ansieht, mit denen vor allem staatliche und öffentlich-rechtliche Institutionen in den letzten 15 Monaten tagtäglich für wirklich grundlegende Desinformationen sorgten (millionenfacher Einsatz von PCR Tests, obwohl ungeeignet und nicht EU-zertifiziert; PCR-positive sind Infizierte; ct-Wert manipulierbar, dennoch nicht einheitlich festgelegt und keine Meldepflicht; R-Wert, einst Hauptgrund für den ersten Lockdown, heute entbehrliche Nebengröße; Inzidenzwerte beliebig festlegbar, nur schein-aktuell, ungenau, mittels Testungen steuerbar; Todesfälle an/mit COVID vs. an/mit Impfung; Intensivbetten-„Not“ bei gleichzeitiger Schließung von 20 Kliniken, Abbau von ca. 6.000 Betten, teilweise betrügerische, profitgesteuerte Belegung der Intensivbetten und zeitgleicher Abbau von Überstunden von Ärzten und Pflegekräften; Fortbestand der bedingten (NOT-)Zulassung der „Impf“-Stoffe zu gentherapeutischen Massenexperimenten – mitten in der dritten Testphase und trotz bedrohlich ansteigender, erheblicher, schwerer, auch letaler Folgen! Da kann man Herrn Haldenwang eigentlich nur noch den Rat geben, ARD, ZDF, überhaupt fast alle Mainstreammedien, RKI/PEI/Charité oder gleich die ganze Regierung zu beobachten. **Dort** wird er fündig, wenn er Verantwortliche für grundlegende

Desinformationen sucht.

Extremismus sui generis

Das ist das Ergebnis von Merkels Anti-Corona-Politik: Die sich selbst als „die Guten“ definierenden betreiben gegen „die Schlechten“ (weil eben Andersdenkenden) Gesinnungsschnüffelei, Bloßstellung, Stigmatisierung, Ausgrenzung, Sanktionierung und Verfolgung. Demokratie pervers: „Menschen, die keine Masken tragen, haben Blut an ihren Händen“!

Das BfV hat sich aus der Not der Bürger zu helfen gewusst und sich zusätzlich zu den bestehenden Kategorien Rechtsextremismus (REX), Linksextremismus (LEX) und Ausländerextremismus flugs eine neue Form von Extremismus einfallen lassen, ein Extremismus *sui generis*, sozusagen die Extremismus-Mutante „Delta“, der es nur darum gehe, dem Staat die Legitimität abzuspochen und einen Systemwechsel herbeizuführen – notfalls auch mit Gewalt.

Diese Extremismus-Kategorie heißt nun „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates („DELIS“? - kommt wohl von DELIRIUM?); Als Beobachtungsobjekte gelten „demokratiefeindliche“ und / oder „sicherheitsgefährdende“ Aktionen oder Akteure. Eigentlich war die Abschaffung des Staates doch schon immer die „Kernkompetenz“ der links-grünen Extremen, oder? Teilweise auch der Rechten, oder? Vor allem aber der Scharia-süchtigen Islamisten, die unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat ohnehin ablehnen, oder? Aber, ab wann ist Regierungskritik eigentlich demokratiefeindlich?

Sind Oppositionsparteien jetzt auch schon demokratiefeindlich?

Was wird aus „Verschwörungstheorien“ wenn sie wissenschaftlich belegt sind/werden? Entscheidet Herr Haldenwang? Oder Herr Dr.osten?

Fragen über Fragen.

Die Sicherheitsbehörden hätten seit längerer Zeit eine angeblich zunehmende Gewaltbereitschaft und Radikalisierung bei den „Querdenker“-Demonstrationen festgestellt. Vielleicht sind die vielen straf- und ordnungsrechtlich relevanten Vorkommnisse bei den Großdemos auch nur eine Reaktion der Demonstranten auf die sichtlich zunehmend praktizierte polizeiliche Einsatztaktik der Abdrängung und „einschließenden Absperrung“ (Polizeikessel) mit dem eigentlichen, infamen Ziel der Minimierung der Abstände, um dann ein Demo-Verbot aussprechen zu können?

Polizeikessel waren einst

verfassungsrechtliche Kern-

Fortsetzung auf Seite 28

„Wo Populismus wächst, liegen Ängste zugrunde, auf die Politik wohl noch keine ausreichende Antwort gefunden hat.“

Frank-Walter Steinmeier

„Mind Control...“*Fortsetzung von Seite 27*

themen! Züchtet der Staat seine Feinde?

Würde mit polizeilichen De-Eskalationstaktiken für eine Demokratiefreundlichkeit nicht viel mehr erreicht, als mit der künftigen bundesweiten Beobachtung aller „Corona-Leugner und Verschwörungsideologen“ (O-Ton Bundesamt für Verfassungsschutz)? Dass die Mehrzahl der Teilnehmer an Kundgebungen und Protesten keine Extremisten seien, musste angesichts der massenhaften Bild- und Videobeweisen letztlich auch das BfV einräumen, handelt aber trotzdem gegensätzlich und will „fortlaufend die Verfassungsschutz-relevanz von Verschwörungstheorien und auch die Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen (beobachten)“. Nur zu, bitte dann aber auch veröffentlichen, damit die Bevölkerung sieht, wes Geistes Kind „unser“ Verfassungsschutz ist.

Principiis obsta / Wehret den Anfängen

Wenn der Verfassungsschutz die Verfassung schützen würde und nicht die Regierung, würde sein Hauptaugenmerk nicht bei den Demonstranten und den alternativen Medien liegen, sondern bei denen, welche die Verfassung tatsächlich und tagtäglich dehnen, missachten, ja bewusst brechen, auch wenn formaljuristisch alles mit rechten Dingen zuzugehen scheint. Notwendigkeit, Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit sind unsere Rechtsprinzipien, das Fundament unseres Rechtsstaates, nicht die Selbstdefinition, zu „den Guten“ zu gehören. Deshalb hätte auch das Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts sorgfältiger und verfassungsrechtlich seriöser behandelt werden müssen; nun hat heute der Bundestag mehrheitlich zugestimmt (355:280:4) und damit allen deutschen Geheimdiensten die Befugnis zum „Hacken“ gegeben, die Befugnis zur online-Durchsuchung wurde in letzter Minute gestrichen; Der Bundespolizei wurden die „Staatstrojaner“ erlaubt, nicht nur den Zugriff auf die Daten von Verdächtigen, sondern bei entsprechend hoher Gefahrenlage auch von Personen, die gar keine Straftat begangen haben (Unverdächtige). Dies muss zudem im Lichte der zusätzlichen Verpflichtung für Anbieter von Internet-Diensten gesehen werden, aktiv und heimlich bei der Infektion der Geräte ihrer Kunden mitzuwirken, um die zunehmend vorinstallierte oder nachträglich installierte *end-to-end*-Verschlüsselung der Messenger-Dienste zu knacken. Private Unternehmen als Hilfsarbeiter der Geheimdienste? Das hatten wir ja noch nicht einmal zur Bekämpfung

der Produktion, des Handels, Erwerbs und Besitzes von Abbildungen des sexuellen Kindesmissbrauchs (früher „Kinderpornografie“ genannt) oder beim Waffen-, Drogen- und Menschenhandel hinbekommen, da wo man die Sinnhaftigkeit bejahen muss.

Übrigens: Auch die Aktivitäten anderer „Guten“ sollten sofort gestoppt werden. Die Rede ist von der „Operation Heuss“, der Internet-Jagd einer Gruppe von Jungliberalen gegen „Verschwörungstheorien und Populismus“, gegen „illiberale Politiker, Publizisten und Positionen“. Wer die Grenze zwischen dem Rechts(-populismus) und Liberalismus selbst definiert, darf allerdings nicht die Grenze zum Links(-populismus) und zum fundamentalen Islamismus vergessen. Wer um liberale Positionen besorgt ist, darf schon gar nicht selbst zu illiberalen Mittel à la „Volksverpetzer“ greifen und schon gar nicht darf das „falsche-Bücher-im-Regal-stehen-zu haben“ als ausreichend angesehen werden, um den politischen Gegner aus dem demokratischen Diskurs auszugrenzen. Die eigene Freiheit endet dort, wo sie in die Freiheit anderer eingreift, das sollten die Liberalen wissen.

Autoritäre Methoden und Kontaktschuldkonstruktionen - das hatten wir schon einmal und es genügt, dass wir es seit vielen Monaten erneut haben, nämlich in Form der brutalen, links-extremistischen, antifaschistischen Schlägertrupps und Kommando einheiten, euphemistisch: der neuen Normalität!

Nachweise und Fußnoten:

1. Frau Grimmstein hat auch eine große Verfassungsbeschwerde gegen die Corona-Maßnahmen initiiert, die auch von zahlreichen Mitgliedern des Vereins MWGFD unterstützt wird.
2. Bei der Standardrente handelt es sich nicht um die Durchschnittsrente, sondern um eine Rechengröße, die den Betrag anzeigt, den ein Rentner erhält, wenn er **45 Jahre** lang gearbeitet und das **Durchschnittseinkommen** verdient hat (Bericht der Deutschen Rentenversicherung (DRV)).
3. 01.10.2019, Studie des [Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut](https://perspektive-online.net/2019/10/weiterhin-massive-einkommensunterschiede-in-ost-und-west/) der Hans-Böckler-Stiftung; <https://perspektive-online.net/2019/10/weiterhin-massive-einkommensunterschiede-in-ost-und-west/>
4. <https://www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbericht>
5. Boris Reitschuster, KenFM, Oval Media, RT.de, Querdenker Stuttgart 711, Polizeihauptkommissar a.D. Karl Hilz, der den Verein „Polizisten für Aufklärung“ gründete, der von den Professoren Sucharit Bhakdi und Stefan Homburg geleitete Verein „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie“ (MWGFD) oder Rubikon.
6. multipolar-magazin.de, 29.05.2021, von Paul Schreyer
7. Tagesschau vom 27.05.2021
8. Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Vorsitzender des Weltärztebundes.
9. Alleine das Berliner Landeskriminalamt, Abteilung Staatsschutz, Ermittlungsgruppe "Quer", erfasste mehr als 1200 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten darunter 160 Angriffe auf Polizisten, mehr als 260 Widerstandshandlungen, knapp 200 Fälle von Landfriedensbruch und 17 gefährliche Körperverletzungen.
10. Benjamin Läßle, Mitglied des Kreisvorstands der FDP Bochum, und Christoph Giesa, Publizist und Moderator
11. Linker Blog gegründet von Thomas Laschky

„Was moralisch falsch ist, kann nicht politisch richtig sein!“

William Ewart Gladstone

Peter Orzechowsky
Portugal

Wie sich der Mensch das Wasser abgräbt

Auch nach einem möglichen Ende des Syrien-Krieges wird der Mittlere Osten nicht zur Ruhe kommen. Denn zu viele Menschen hängen dort am selben Tropf: den großen Strömen Euphrat und Tigris und vor allem dem Nil. Es wird also in naher Zukunft zu Verteilungskriegen ums Wasser kommen. Schon heute bilden sich militärische Allianzen. Aber auch in anderen Teilen der Welt wird trinkbares Wasser das große Thema der nächsten Jahre sein.

Der Schriftsteller Günter Grass hat – ein halbes Jahr vor seinem Tod – Ende Dezember 2014 in einem Interview gewarnt: »Zu den Hungersnöten, die provoziert werden, obwohl Nahrung für alle da ist, kommt die Wasserknappheit, die Klimaveränderung. Es findet alles gleichzeitig statt. Der Dritte Weltkrieg hat schon begonnen – und es ist ein Verteilungskrieg. Historiker werden im Nachhinein darüber streiten, wann genau er anfing.«

In der Tat ziehen derzeit gleich mehrere Verteilungskriege im Mittleren Osten auf – wegen Wasser. Da ist einmal der Konflikt um die Flüsse Euphrat und Tigris, über deren Nutzung Syrien, der Irak und die Türkei streiten. Und da ist das Pulverfass am Horn von Afrika, wo sich schon Militärallianzen bilden, um die Rechte um das Nilwasser zu erzwingen.

Der Kampf um die Fluten von Euphrat und Tigris

Eine Dürre und die Kurzsichtigkeit der Politiker hatten 2011 in Ostsyrien im Euphrat-Tal Massenproteste provoziert, die wenige Zeit später – von den USA, der Türkei und einigen Golfmonarchien unterstützt – in einen gesamt nationalen Aufstand mündeten. Der anschließende Bürgerkrieg verwandelte die Wasserinfrastruktur des Landes in Ruinen.

Im benachbarten Irak ein ähnliches Bild: Jahre des Kriegs und der Zerstörung seit dem Einmarsch der USA in das Land haben auch für Bagdads Wasserwirtschaft katastrophale Folgen.

Lediglich der Türkei ist es in dem nahöstlichen Länderdreieck gelungen, sich die Macht über Wasserressourcen zu sichern: 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke sollen im sogenannten Südostanatolien-Projekt (GAP) gebaut werden. Das Problem ist nur, dass die Staudämme rund die Hälfte der Wassermassen zurückhalten werden, die gegenwärtig noch in die Nachbarländer Syrien und Irak fließen. Allein schon die gewaltige Wasserverdunstung der Stauseen reduziert das Flusswasser erheblich, dazu tragen die Flüsse weniger Schwemmland mit sich.

Dass eine syrisch-irakische Wasserstrategie fehlt, spielt der Türkei in die Hände. Ankara ist es gelungen, die Kontrolle über die Flüsse Euphrat und Tigris zu festigen. Die türkische Führung sieht sich auch berechtigt, mehr Wasser aus den beiden Strömen zu nutzen als die Nachbarn, weil die türkischen Böden fruchtbarer seien.

Natürlich ist ein Wasserkonflikt zwischen Syrien, Irak und der Türkei derzeit wenig wahrscheinlich, aber wenn die beiden

schiiitisch dominierten Staaten ihre innere Ordnung wiederhergestellt haben, werden sie sich möglicherweise auf eine Allianz gegen die sunnitische Türkei einigen, um ihr das Monopol auf das Wasser von Euphrat und Tigris zu entziehen. Die Dringlichkeit des Problems zeigt sich besonders in diesem Jahr, wo eine mörderische Dürreperiode die Landwirte im Irak um ihre Existenz fürchten lässt. Der geringe Wasserstand der Flüsse Tigris und Euphrat hat den Anbau von Reis, Getreide, Baumwolle, Sonnenblumen und Bohnen gestoppt.

Viehhaltung ist wegen Wassermangels kaum mehr möglich. Viele Tiere verdursten und nur Viehhalter, die auf bewässerte Gebiete ausweichen können, haben die Möglichkeit zu überleben. Schon sind neue Migrationsbewegungen zu beobachten. Denn ohne ausreichende Trinkwasserversorgung und gesicherte Landwirtschaft ist ein Leben in dieser Region kaum mehr erträglich. Laut irakischem Landwirtschaftsministerium ist im Vergleich zu 2017 die Hälfte der Anbauflächen des Landes wegen der anhaltenden Dürre nicht mehr nutzbar. Aber auch Dämme im Iran und Syrien senken die Wassermengen, so dass nun bei Basra, dem »Venedig des Ostens«, wegen des fehlenden Wasserstands zunehmend Salzwasser eindringt. Schon jetzt gibt es deswegen in der Provinz Basra fast kein landwirtschaftlich nutzbares Land mehr.

Wasserkrieg am Horn von Afrika?

Noch dramatischer sieht es am Horn von Afrika aus. Die Staaten dieser Region hängen alle am Tropf des Nil, des mit fast 7000 Kilometern längsten Flusses der Erde. Ägypten beansprucht seit jeher die Gewässer für sich. Aber bedingt durch das rasche Anwachsen der Bevölkerung in Äthiopien und dem Sudan hat sich der Wasserbedarf der beiden Länder in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Dazu kommen die lang anhaltenden Dürreperioden der letzten Jahre. Die äthiopische Regierung begann daher mit dem Bau des Grand Renaissance Damms am Blauen Nil. Damit spitzte sich die angespannte Lage zu.

Ägypten schickte Truppen nach Sawa, einem Militärstützpunkt des Verbündeten Eritrea an der Grenze zum Sudan. Dieser südliche Nachbar von Ägypten ist wiederum mit der Türkei verbündet. Militärexperten vermuten, dass die türkische Marine gerade einen Stützpunkt auf der sudanesischen Insel Suakin nahe Port Sudan errichtet. Das Pikante daran ist, dass die USA den Sudan immer noch auf ihrer Schurkenstaaten-Liste haben. Noch Ende November 2017 hatte der sudanesishe Präsident Omar al-Bashir gegenüber seinem russischen Amtskollegen geklagt, die USA wollten sein Land in fünf Teile aufteilen, Eritrea sei dabei Washingtons Vollzugsgehilfe.

Die zwei verfeindeten Allianzen, Ägypten/Eritrea und Äthiopien/Sudan, suchen inzwischen weitere Verbündete. Die USA, Israel, Saudi-Arabien und die Vereinigten Emirate stehen hinter Ägypten. Äthiopien und der Sudan werden von Katar und der Türkei unterstützt. Entscheidend wird wieder einmal sein, welche Koalition Russland und China unterstützen.

Das Trinkwasser wird knapp

Fortsetzung auf Seite 30

„Die Zukunft wird nicht gemeistert von denen, die am Vergangenen kleben!“

Willy Brandt

„Wie sich der Mensch....“
Fortsetzung von Seite 29

Aber nicht nur im Nahen und Mittleren Osten ist Wasser das bestimmende Element. Eine

2500 Seiten starke weltweite UN-Studie liefert den bisher umfassendsten Überblick über die Lage der Welt. Laut der Studie wird es in Zukunft in den trockenen Regionen Afrikas, Asiens und Südamerikas zu Wüstenbildung kommen. Die Folge: In diesen – meist überbevölkerten Regionen – werden immer weniger Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. In Deutschland und den anderen Industrieländern hingegen liegt die Gefahr nicht am Wassermangel, sondern an der Verschmutzung der Gewässer.

Auf der Erde gibt es etwa 1400 Millionen Kubikkilometer Wasser. 97 Prozent davon ist Salzwasser, drei Prozent Süßwasser. Die Polkappen und die Gletscher der Erde speichern 77 Prozent dieses Reservoirs an trinkbarem Wasser, 22 Prozent lagern unter der Erdoberfläche als Grundwasser. Die Menge des sichtbaren Oberflächenwassers wie in Flüssen und Seen beträgt hingegen nur 0,33 Prozent des Gesamtsüßwasserbestands.

Diese Zahlen machen klar, dass das Trinkwasser auf der Erde zu unseren größten Schätzen gehört – und dass es knapp ist. Zu knapp. Und zu verschmutzt.

In den Vereinigten Staaten zum Beispiel sinkt der Grundwasserspiegel jedes Jahr um etwa 46 Zentimeter, in manchen Gebieten sinkt er sogar um bis zu drei Meter pro Jahr ab.

In Indien sterben in jeder Minute drei Kinder unter fünf Jahren an Durchfall, verursacht durch infiziertes Wasser. Mehr als zwei Drittel der Gewässer Indiens sind vergiftet. 98 Prozent der Abwässer Chinas werden den Flüssen ungeklärt zugeleitet. 80 Prozent der Menschen in den Entwicklungsländern verfügen über keinerlei Kläranlagen. Wasserknappheit und Verseuchung des Wassers töteten 25 000 Menschen pro Tag. Weltweit trinken 1,2 Milliarden Menschen verschmutztes Wasser, und nur 29 Prozent der Bewohner ländlicher Gebiete verfügen überhaupt über sauberes Trinkwasser. Sogar in den Großstädten und Städten haben nur 75 Prozent der Menschen trinkbares Wasser. Es gibt heute mindestens 33 Großstädte in den Vereinigten Staaten, in denen das Wasser nicht mehr trinkbar ist.

Nach Berechnungen des United Nations Environment Program (UNEP) nimmt die Zahl der Menschen, die nicht über sauberes Trinkwasser verfügen, in einem Zeitraum von fünf Jahren um 100 Millionen zu und die derjenigen ohne sanitäre Einrichtungen um 400 Millionen. Die von der UNEP errechneten Kosten für die Versorgung mit sauberem Wasser für alle Menschen dieser Erde sind immens: Innerhalb eines Jahrzehnts müssten zwischen 300 und 600 Milliarden Dollar für Klär- und Entsalzungsanlagen aufgebracht werden.

Hauptverschmutzer des Grundwassers sind Schädlingsbekämpfungs- und Unkrautvernichtungsmittel, radioaktiver Müll, Giftstoffe, Schwermetalle, Öl und andere, kohlenwasserstoffhaltige Brennstoffe. 50 000 Giftmüllkippen in Deutschland bedrohen unser Grundwasser. Viele dieser Schmutzstoffe finden ihren Weg durch den Boden in tiefe, Wasser führende Schichten, während das Trinkwasser selbst noch frei von Verseuchung zu sein scheint. Ebenso gelangt über die Luft so genannter „saurer Regen“ in den Boden.

Dieser Regen enthält Salpeter- und Schwefelsäuren, die von den Kraftwerken, Fabriken und Kraftfahrzeugen freigesetzt werden. In Skandinavien ist die Grundwasserverschmutzung durch sauren Regen bereits so weit fortgeschritten, dass Trinkwasser an manchen Orten so stark säurehaltig ist, dass die Verwendung untersagt wurde. 2000 der schwedischen Seen sind vom sauren Regen geschädigt, in 900 Seen leben überhaupt keine Fische mehr. Im Nachbarland Norwegen sind 80 Prozent der Seen und Ströme in der südlichen Landeshälfte entweder tot oder kritisch erkrankt. Im Nordosten der Vereinigten Staaten ist der Regen manchmal 100.000 bis zu einer Million Mal saurer als Leitungswasser. Durch solche Niederschläge wird auch der Säuregehalt in Flüssen und Seen erhöht, manchmal so stark, dass der Fischbestand gefährdet ist. In Schottland sind 50 Seen davon betroffen, in Kanada über 700. Stickstoffzusammensetzungen, die im sauren Regen enthalten sind, gelten als Schlüsselsubstanzen, die das Algenwachstum in den Meeren fördern.

Das „Phänomen der rot gefärbten Fluten“ steigt in globalem Maßstab. Zu starkes Wachstum der Algen entzieht dem Wasser Sauerstoff und zerstört damit tierisches und pflanzliches Leben. Das Wuchern der Algen in einem Gebiet zwischen Nord- und Ostsee hat die komplette Meeresfauna bis zu einer Tiefe von 15 Metern abgetötet.

Neben dem Grundwasser ist vor allem das Oberflächenwasser verschmutzt. Flüsse in Südamerika wie der Bogota in Kolumbien sind so stark mit industriellen Abwässern und Abfällen verseucht, dass Chemiker einen hohen Anteil von Quecksilber, Kupfer und Arsen gemessen haben, und dass der Verdacht besteht, die dort angestiegene Zahl der Krebserkrankungen sei eine direkte Folge des verschmutzten Wassers.

Die Verschmutzung der Meere

Am auffallendsten ist die Verschmutzung des Meeres. Der Thunfisch im Mittelmeer ist wie all die anderen essbaren Fische ein Beispiel hierfür: In Thunfischen wurde hundertmal mehr Quecksilber festgestellt als im Wasser, in dem sie schwimmen. Sie speichern das Gift und vergiften damit die Menschen, die wiederum das Wasser vergiften haben. Besonders die Muscheln sind Indikatoren für die Verseuchung der Küstengewässer, denn auch sie ziehen Schmutz und Gifte an und speichern sie. In ihnen haben Meeresbiologen einen hohen Grad von Blei, Cadmium, Zink, Kupfer, Nickel, Plutonium, Cäsium und Kohlenwasserstoffen gemessen.

Industrie und Tourismus sind die größten Meeresverschmutzer. Die spektakulärsten sind jedoch die Öltanker. Wenn sie auseinander brechen, dann bricht ein riesiges Ökosystem zusammen. Ende der 1980er Jahre sorgte der spektakuläre Unfall des Tankers „Exxon Valdez“ in der Prince Williams Straße an der Südküste Alaskas für Schlagzeilen: über 40 Millionen Liter Öl flossen dabei aus. Fast 2000 Kilometer der Küste wurden dabei verschmutzt. 33000 Vögel starben, fast 1000 Otter, über 100 Seeadler und unzählige Fische. 12 000 Helfer arbeiteten monatelang, um wenigstens einen Teil der Folgeerscheinungen dieser Katastrophe zu

Fortsetzung auf Seite 31

„Ich bin seit 30 Jahren in der Politik – das ist Glücksspiel genug!“

Horst Seehofer

„Wie sich der Mensch...“
Fortsetzung von Seite 30

beseitigen und noch etwa 10 Millionen Liter Öl wieder aufzufangen.

Die Kosten für diese Reinigungsaktion beliefen sich auf 1,3 Milliarden Dollar.

Heute sind immer noch Fische deformiert, sterben immer noch Robben an Leber- und Nierenversagen. 1994 wurde den Fischern der Gegend wenigstens gerichtlich die offizielle Wiedergutmachung garantiert – die Rekordsumme von über zehn Milliarden Euro!

Ungefähr 2,4 Millionen Tonnen Öl fließen aus unzähligen kleinen Quellen ständig dem Meer zu. Dazu kommen etwa 70 000 Tonnen, die durch Unglücksfälle ins Meer laufen.

Die indische Not

Nach einem Bericht der indischen Regierung vom Juni 2018 werden 40 Prozent der Bevölkerung bis 2030 keinen Zugang zu Trinkwasser haben, wenn nicht gehandelt wird.

Schon im Vorwort des Berichts, an dem drei Ministerien beteiligt waren, heißt es dramatisch, wenn auch verklausuliert: "Es ist besorgniserregend, dass 600 Millionen Menschen in Indien mit extremem Wasserstress im Land zu tun haben. Dreiviertel der Haushalte haben kein Trinkwasser in ihrer Wohnung. Weil 70 Prozent des Wassers verschmutzt ist, liegt Indien auf Platz 120 von 122 Ländern in dem Index für Wasserqualität. Jährlich 200.000 Menschen würden wegen des verschmutzten Wassers schon jetzt sterben.

Das Problem müsse dringend angegangen werden, denn die Situation werde nur schlimmer. Indien stecke in der "schlimmsten Wasserkrise seiner Geschichte".

Das Grundwasser, das für 40 Prozent der Trinkwasserversorgung verwendet wird, werde viel zu schnell ausgebeutet, um sich wieder anfüllen zu können.

Schon 2030 werde die Nachfrage nach Wasser im Land doppelt so hoch wie die verfügbare Menge sein. 40 Prozent der Bevölkerung werden bis 2030 dann keinen Zugang zum Trinkwasser haben, bis 2020 werden schon 32 Großstädte wie Neu Delhi kein Grundwasser mehr haben, was 100 Millionen Menschen betrifft. Das bedeute, dass für Hunderte von Millionen das Trinkwasser knapp wird. Und um die Drohung noch zu verstärken, betonen die Autoren, dass damit das BIP des Landes bis 2050 um 6 Prozent sinken könnte. Die Landwirtschaft verbraucht 80 Prozent des Wassers, gleichzeitig leben weiterhin 800 Millionen Menschen oder 70 Prozent der Bevölkerung auf dem Land, wo sie oft keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

Auch das deutsche Wasser ist gefährdet

Eine Gewässerstudie des BUND von Juni 2018 verweist auf den schlechten Zustand der Flüsse und Seen in Deutschland: Etwa 92 Prozent der rund 15.000 Flüsse und mehr als 12.000 Seen sind hierzulande in einem denkbar schlechten Zustand, kritisiert der BUND. Eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen vom März 2018 bestätigt diesen Befund: In mehr als 93 Prozent der deutschen Flüsse finden sich nicht mehr die Gemeinschaften aus Fischen, Pflanzen und Kleintieren, die dort eigentlich leben müssten, heißt es da.

Gemessen an den vorgegebenen EU-Kriterien werden gerade mal 6,6 Prozent der bewerteten Fließgewässer als ökologisch

bedenkenlos eingestuft. Ausbau, Uferbebauung, aber auch die Unterbrechung durch Wehre haben nahezu 80 Prozent der Fließgewässer in ihrer Struktur deutlich verändert. Es gibt kaum noch mäandrierende Flüsse, kritisiert Laura von Vitorelli, Gewässer-Expertin beim BUND.

Dazu kommt, dass in den Städten die Häuser viel zu dicht an Seen und Flüsse gebaut werden, so dass an Gewässern lebenden Arten immer weniger Lebensraum zur Verfügung steht.

Ein weiteres Problem ist die zunehmende Vermüllung von Wäldern und Seen, beispielsweise in Brandenburg. Große und kleine Plastikteile, die hier entsorgt werden, gelangen über Fließgewässer ins Meer. Auch alle Chemikalien und Giftstoffe, die über Dünger, Gülle oder Jauche auf die Äcker gelangen, einschließlich Ammoniakgasen und tierpathogener Krankheitserreger, werden in die Böden ausgewaschen und früher oder später in die Flüsse und schließlich ins Meer geschwemmt. Die Nährstoffeinträge aus der Intensivlandwirtschaft sind somit für die sauerstofffreien "Todeszonen" in der Nord- und Ostsee verantwortlich.

Hinzu kommen die giftigen Reste aus Tagebauten. So steigt die Sulfat-Belastung des Grundwassers in Regionen mit Kohle-tagebauten. Chloride, Nitrat, Eisen und Schwermetalle wie Quecksilber und Arsen sowie Furane und Dioxine - Stoffe, die normalerweise auf eine Sondermülldeponie hätten entsorgt werden müssen, gelangen über das Grubenwasser in die Fließgewässer.

Blaues Band soll Gewässer schützen

2015 startete die Bundesregierung eine Initiative zur Renaturierung von Wasserstraßen, Flüssen und Auen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen. Das damals initiierte Bundesprogramm „Blaues Band Deutschland“ wurde auch im neuen Koalitionsvertrag aufgenommen.

Immer mehr Fließgewässer sollen aus der ökonomischen Nutzung genommen und renaturiert werden. Vor allem die Nebenwasserarme, für den Gütertransport praktisch ohne Bedeutung, sollen ökologisch und für Freizeit und Erholung aufgewertet werden.

Um die Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinien einzuhalten, brauche es mehr Geld und Personal, sagt Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND, vor allem aber mehr politischen Willen. Agrar-, Verkehrs- und Industriepolitik sind nun aufgefordert, den Gewässerschutz zielstrebig und konkret umzusetzen. In diesem Zusammenhang warnt der BUND davor, die Vorgaben der EU-Wasserrahmen-Richtlinie aufzuweichen. Vor allem müsste die Belastung durch Pestizide, Antibiotika, Gülle aus der industriellen Landwirtschaft reduziert und Randstreifen von zehn Metern Breite flächendeckend an Gewässern angelegt werden.

Wasser ist Leben, heißt es. Gerade die Wasserkreisläufe zeigen uns, dass die Folgen wirtschaftlichen Handelns für die Umwelt immer wieder mit einkalkuliert werden müssen. Momentan trägt die Natur die wahren Kosten. Ist sie erst bankrott, sind es die Menschen und ihre Wirtschaft wenig später auch.

„Lasst uns nie aus Angst verhandeln, aber lasst uns auch nie Angst vor Verhandlungen haben!“

John Fitzgerald Kennedy

Der Vorstand

Wie steht es mit der Zukunft Deutschlands nach den Bundestagswahlen?

In diesem Jahr stehen die nächsten Bundestagswahlen bevor. Diese Wahlen werden ein Meilenstein für die Demokratie in unserem Land sein. Die auf beiden Seiten populistisch agierenden Parteien Die Grünen und die AfD werden versuchen die Stabilität der deutschen Gesellschaft mit ihren ideologisch behafteten Positionen zu spalten. Beide behelfen sich der Strategie die niederen Instinkte ihrer potenzieller Zielgruppen anzusprechen. Ihnen geht es nicht um Deutschland, sondern um ihre persönlichen Vorteile unter der Maske einer Ideologie und im Wissen darüber, daß sie höchstwahrscheinlich nicht in die Regierungsverantwortung kommen werden, möglichst um den Erhalt ihrer Sitze im Bundestag nur um auch in Zukunft Deutschlandpolitik und vor allem Stabilität negativ zu beeinflussen.

Nun liegt es an uns durch die richtige Wahl die Volksparteien zu unterstützen und vor allem dafür Sorge zu tragen, daß jene Abgeordnete in den Bundestag reingewählt werden, die eine nachhaltige Politik inbezug auf Themen wie Familie, gesellschaftliche Freiheit, verbesserte Sozialleistungen, Schutz des Eigentums, Rentensicherheit, soziale Marktwirtschaft für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Investorenmotivation, Erweiterung der Gesundheitsleistungen, Absicherung der Alten- und Krankenpflege, Abschaffung der Erbschaftssteuer zur Absicherung der Wirtschaft, Leistung durch Arbeit muß sich wieder lohnen, die konsequente gesetzliche Umsetzung des Grundgesetzes zum Umweltschutz, gesetzliche Regelung der Solidarität in der Gesellschaft, Unterstützung der Arbeitnehmerschaft bei der Schaffung vom Eigentum als sichere Alterssicherung, Stabilisierung des Immobilienmarktes beispielsweise durch Beendigung des Gesetzesmissbrauchs durch die Makler durch das Kassieren der doppelten Provision, Förderung von Technologieentwicklung, Abschaffung der Studiengebühren, Abschaffung der doppelten Besteuerung der Renten und vieles mehr. Es bleibt zu hoffen, daß die zu wählende neue Regierung all das in ihrem Wahlprogramm aufnimmt.

Wir wünschen eine glückliche Hand bei der Wahl

Bilderquelle: Alle in dieser Ausgabe verwendeten Bilder die nicht anderweitig einer Quelle zugeschrieben werden sind urheberrechtlich Eigentum der Redaktion

Impressum:**Anschrift**

Elektrastraße 24, 81925 München

Herausgeber

Verein Leben & Leben Lassen –
zur Verwirklichung der Menschenrechte
e.V.

Chefredakteur

Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Wilhelm Dietl
Karl-Heinz Nagel
Elisabeth Philipp
Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher,
Peter Orzechowski
Heinrich Wälischmiller

Büroleitung

Sasan Harun-Mahdavi

Verlag D.i.E.

Über den Herausgeber:

Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

**Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.**



mit Sitz in München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.

Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.

Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über**Homepage:** www.lebenundlebenlassen.org**E-Mail:** info@lebenundlebenlassen.org**Tel.:** +49-89-3106999**Fax:** +49-89-32155805**Bankverbindung:** Kto Nr. 42 12 52 52**Stadtsparkasse München BLZ 70150000**

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion.

Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.